

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(davon 57 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf.
Belegungs- und 72 Pf. Postbestellge-
bühren. Auslandsabonnement 5.85 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckschenpost 4.65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
15. September 1932

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depotsammelk., Jerusalemstr. 65/66.

Unser Volksbegehren.

Der 15. September ruft zum Kampf.

Unser Weg.

Von S. Aufhäuser.

Die deutschen Herolde des Faschismus hatten den sozial Entrechteten und Enterbten ein neues Drittes Reich angekündigt. In Wirklichkeit ist auf dem Rücken der Raziwähler Feudalismus und Monopolkapitalismus, das heißt eine in der Gesellschaft fast wurzellos gewordene Schicht, noch einmal zur Staatsmacht emporgestiegen. Die Hitler-Landsknechte mußten erst die Zerschlagung der Demokratie und die Lahmlegung des Parlaments herbeiführen, um eine vom Volke unabhängige Regierung in den Sattel heben zu können. Aller Streit um die rechtliche Auslegung der Verfassung, wie er in diesen Tagen zwischen Feudalen und Faschisten tobt, ändert nichts an der geschichtlichen Tatsache,

daß Hitler für das Zustandekommen der heutigen Reichsregierung verantwortlich ist und umgekehrt die Förderung der „aufbauwilligen“ Nazikräfte das Verdienst des Kabinetts Papen bleibt. Für die Arbeiterklasse aber gibt es hier kein kleineres Übel. Sie befindet sich gegenüber zwei Diktaturmethoden im Stadium des verschärften Klassenkampfes.

Die Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse wird durch die Verordnungen der Reichsregierung vom 4. und 5. September gekennzeichnet. Der 15. September, an dem der verkündete Lohnabbau beginnen soll, ist ein schwarzer Tag der Republik. Nachdem die üblichen Heilungsmittel des Kapitalismus zur Überwindung von Krisen nicht mehr wirken, wird versucht, durch ein gewagtes Experiment die zusammengebrochenen privaten Betriebe mit Steuergeschenken und Lohnabbau noch einmal aufzupumpen. Wiederum werden gewaltige Kredite der öffentlichen Hand zur weiteren Aufblähung eines Produktionsapparates gegeben, der heute schon in keinem Verhältnis mehr zum Absatz steht. Der Massenverbrauch aber wird durch den verordneten Lohnabbau weiter und unerträglich gesenkt. Eine solche weitere Verkümmern des Binnenmarktes und die von der Reichsregierung geübte Absperrung in der Handelspolitik können nimmermehr eine Belebung der Wirtschaft bringen. Die verhängnisvolle Verordnung birgt vielmehr die Gefahr in sich, daß selbst bei einem Anziehen der Weltkonjunktur der Anschluß Deutschlands an die wirtschaftliche Besserung verpaßt wird.

Wirtschaftlich ist diese Verordnung nicht zu verstehen. Wohl aber entspricht die vorgenommene Generaloffensive gegen die Arbeiterrechte dem längst gehegten Wunsch der organisierten Unternehmer. Die durch die Weimarer Verfassung gewährleistete Unantastbarkeit der Tarifverträge wird ausgehöhlt und damit freie Bahn für den Lohnabbau geschaffen.

Die von Regierungsseite gefundene künstliche Rechtskonstruktion, daß es auch gegenüber tarifvertraglich vereinbarten Löhnen durch Notverordnung eine „ermäßigte Erfüllungspflicht“ geben könnte, zeigt bereits die Unhaltbarkeit dieser ganzen Verordnung. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten werden sich gegenüber diesem Lohnraub mit allen Mitteln zu wehren wissen. Dieser Teil der Verordnung wird aber auch schon an tausend Zweifelsfragen und inneren Widersprüchen scheitern müssen.

Es ist bezeichnend für den Kurs der Regierung, daß sie das Prinzip der freien Wirtschaft feiert und gleichzeitig die Freiheit der am kollektiven Lohnvertrag beteiligten Arbeitnehmer aufheben und zum staatlichen Lohn-diktat übergehen will. Es bleibt auch das Geheimnis der autoritär konservativen Reichsregierung, wie sie es mit den Grundfragen der Verfassung in Einklang bringen will, auf Grund des Artikels 48 eine Ermächtigung des Reichspräsidenten zur grundlegenden Veränderung des gesamten Arbeitsrechts und der Sozialversicherung herleiten zu wollen.

Der von der Sozialdemokratie beantragte Volksentscheid über diesen Teil der Verordnung wird die breite Front aller Arbeiter, Angestellten und Werktätigen gestalten, gegen deren Willen auch keine diktatorische Staatsgewalt bestehen kann.

Angesichts der klaren Fragestellung des sozialdemokratischen Volksbegehrens, ob die heute kapitalistisch ausgebeutete Arbeitskraft unter dem Schutz des Staates stehen oder vogelfrei gemacht werden soll, wird weder kommunistische Demagogie, noch faschistische Phrasologie verhindern können, daß auch die Millionen der heute noch irreführten Proletarier dem Volksentscheid zum entscheidenden Siege verhelfen werden.

Der Aufstieg und der Niedergang der deutschen Arbeits-schutzgesetzgebung war auch für die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft die Bestätigung dafür, daß Demokratie und soziales Recht nicht voneinander trennen sind. Die Zurückeroberung der von der Reaktion geraubten sozialen Errungenschaften wird daher mit dem Kampf um die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte aufs engste verbunden sein. Die deutsche Wählerschaft hat es erneut in der Hand, das Instrument des demokratischen Parlaments seinen Feinden wiederum zu entreißen und damit auch den Arbeitern und Angestellten ihre demokratischen Abwehrwaffen gegen die soziale Reaktion zurückzugeben. Darüber hinaus aber bedeuten die kommenden Wahlen eine Heerschau der proletarischen Kämpfer, die entschlossen sind, der sozialistischen

Aktion für den Umbau der heutigen Wirtschaftsverfassung zum Siege zu verhelfen. Herr von Papen hat in seiner letzten Rundfunkrede in Verbindung mit seinem Wirtschaftsplan folgende Mahnung an die Unternehmer gerichtet:

„Mißlingt der Plan der Reichsregierung, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, dann ist das freie Unternehmertum verloren. Dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen.“

Wir halten diesen Plan für verhängnisvoll, und wir wissen, daß das brennende Problem der Arbeitsbeschaffung für die Millionen der Erwerbslosen durch die Regierung ungelöst bleibt. Wer den Erwerbslosen wieder ausreichend Arbeit geben will, muß bereit sein, eine krisenfesteste Wirtschaft aufzubauen. Echste Hilfe für die Erwerbslosen und wirklichen Widerstand gegen den Lohnraub können nur die Millionen der Werktätigen selbst erringen, indem sie sich auf das sozialdemokratische Aktionsprogramm eines konstruktiven Gegenwartssozialismus vereinigen und dafür ihre ganze organisatorische Kraft einsetzen. Reichstagswahl und Volksentscheid müssen zur sozialdemokratischen Mobilmachung der Massen werden.

Schafft gegen Reaktion und Not die große unüberwindliche Front der Arbeit und ihr seid frei!

Partei und Wehrfrage.

Einstimmiger Beschluß der Reichstagsfraktion. — Kampfredere Breitscheids.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beendet ihre zweitägige Erörterung der politischen Lage. Der letzte Punkt galt der Besprechung der Aktion der Reichsregierung in der Wehrfrage. Dazu wurde einstimmig folgende Erklärung angenommen:

„Die Sozialdemokratie hat für Deutschland stets die volle Gleichberechtigung auf dem Boden der allgemeinen Abrüstung gefordert.“

Die ehemaligen Gegner Deutschlands sind ihrer Verpflichtung aus dem Versailler Vertrag und dem Völkervertrag bisher nicht nachgekommen. Die einseitigen Bestimmungen des Versailler Vertrages sind von uns immer bekämpft worden. Wir protestieren gegen die Politik der kapitalistischen Regierungen, die immer wieder einen entscheidenden Fortschritt in der Abrüstung verhindern.

Die Reichsregierung hält nun den Zeitpunkt für gekommen, für Deutschland die Freiheit zur Ausgestaltung seiner Wehrmacht zu beanspruchen.

Die Sicherheit der Völker kann aber mit den Mitteln der militärischen Rüstung nicht erreicht werden. Insbesondere gilt dies für Deutschland angesichts seiner geographischen Lage und der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der anderen Länder.

Die Sozialdemokratie hält deshalb die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung für verfehlt. Diese Aktion birgt die Gefahr in sich, daß sie den anderen den Vorwand zu einem ursorlosen Weltkriege gibt, das am meisten die Sicherheit Deutschlands gefährdet und die Völker in eine Katastrophe führen müßte. Nur eine Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker auf dem Boden allgemeiner Gleichberechtigung, auf die Erhaltung des Friedens und die internationale Abrüstung gerichtet ist, bürgt für die wirkliche Sicherheit.

Bereits in den auf dem Magdeburger Parteitag 1929 beschlossenen Richtlinien hat die Sozialdemokratie eindeutig erklärt:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, die den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt

wird. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Jeder Schritt im Sinne der deutschen Rüstungsnote, wie sie insbesondere durch zahlreiche Erklärungen des Reichswehrministers von Schleicher erläutert worden ist, birgt die Gefahr in sich, Deutschland in politische Isolierung zu führen, die Welt gegen Deutschland zusammenzuschweißen und das Versailler Diktat zu verewigen. Die schlimmsten Folgen drohen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterklasse.

Daß die Reichsregierung in der größten wirtschaftlichen Krise und der sozialen Verelendung, des Lohnabbaues und der Zerschlagung der sozialen Einrichtungen mit kostspieligen Rüstungsplänen hervortritt, fordert den entschiedensten Widerstand heraus.

Abgesehen von dieser grundsätzlichen sachlichen Ablehnung widerspricht die Fraktion den Plänen der Regierung auch schon deshalb, weil sie unter Ausschaltung des Parlaments und der öffentlichen Kritik durchgeführt werden sollen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede Entfesselung nationalistischer und militaristischer Instinkte in allen Ländern, da sie darin eine Bedrohung der Freiheit der Arbeiterschaft und eine Gefährdung des Weltfriedens erblickt.

Der Vorsitzende der Fraktion, Genosse Breitscheid,

faßte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die Verhandlungen zwar taktische Meinungsverschiedenheiten gezeigt, aber niemals die Grundzüge der Partei verletzt haben. Die Aussprache ist stets in durchaus kameradschaftlicher Weise erfolgt, und das gilt nicht nur für die letzten Tage, sondern für sämtliche Beratungen der Fraktion des neuen Reichstags. Wir haben dadurch eine Plattform für die Kämpfe geschaffen, vor denen wir stehen. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen wird — wie wir bestimmt voraussehen — der Wahlkampf stehen. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß die Reichsregierung nicht von der Verfassung abweichen, und daß sie in der verfassungsmäßigen Frist den Wahltermin ansetzen wird. Neben dem Kampf um den neuen Reichstag haben wir unseren Kampf für das Volksbegehren gestellt. Welche Formen auch diese Kämpfe annehmen werden, ob sie auf parlamentarischer Basis oder außerhalb des Parlaments geführt werden müssen, wir sind zu diesen Kämpfen bereit, wir

sind zu ihnen gerüstet! Wir haben diesen Kampf gegen drei Fronten zu führen:

gegen die monarchistisch-junkerlich-kapitalistische Reaktion der Papen-Regierung,

gegen die durch erbeuchelte Verfassungstreue schlecht verüllten faschistischen und terroristischen Absichten der Nationalsozialisten,

gegen die Kommunisten, deren antidemokratische Parolen in ihrer Gefährlichkeit nie stärker in die Erscheinung getreten sind als jetzt.

Niemand von unseren Anhängern wird in diesem Kampfe versagen, wir werden alle unsere ganze Kraft einsetzen, um unsere Gegner zu schlagen! Unsere Aufgabe besteht jetzt nicht darin, über das Vergangene zu reden, sondern wir müssen sehen, was ist, und wir müssen erkennen, was sein soll. Gewiß kann man heute über manches klagen, was in der Vergangenheit geschehen ist. Aber welche Taktik wir immer eingeschlagen haben, immer waren unsere Absichten unserer Partei und der gesamten Arbeiterbewegung zu dienen. Wir haben Severing über die Vorgänge in Preußen gehört; wir wissen, daß das Preußen vom 20. Juli nicht mehr das alte war, was es vor den Wahlen gewesen ist. Wir sind davon überzeugt, daß unsere Genossen in der preußischen Regierung nicht anders handeln konnten, als sie im Interesse der Arbeiterklasse gehandelt haben. Die Gegner, die uns Rangel an Mut vorgeworfen haben, und vor allem die Nationalsozialisten hätten gerade in diesen Tagen zeigen können, was sie unter Mut verstehen. Und was haben wir erlebt? Ein klägliches Schwanken des nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten. Im Anfang der stärksten Worte und nachher immer neues Zurückweichen. Die Würde und die Rechte des Reichstags sind durch die Regierung verletzt worden, aber durch das Verhalten der Nationalsozialisten und ihres Präsidenten konnten sie wahrhaftig nicht wiederhergestellt werden.

Wir brauchen nicht mehr viel Worte zu machen. Wir stellen die positiven Ziele unserer Bewegung auf:

Kampf für die demokratische Verfassung, für die Rechte des Volkes.

Wiederherstellung der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Die Sozialisierungsforderungen, für die wir im Reichstag und außerhalb des Parlaments kämpfen werden.

Wir ziehen in die Schlacht mit der Parole Sozialismus und Demokratie! Wir sind auf uns selbst gestellt. Als Sozialisten haben wir die historische Mission, die Demokratie wiederherzustellen und den Sozialismus zu verwirklichen. Und wir werden den Kampf führen im Zeichen der drei Pfeile: Aktivität, Disziplin, Einigkeit!

Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Freiheit! bekräftigte die Fraktion den Willen, im Kampf für Freiheit und Sozialismus nicht eher zu ruhen, bis der Sieg errungen ist!

Subventionierte Regierungspresse?

Dunkle Andeutungen des Reichstagspräsidenten Göring.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses ergriff der Reichstagspräsident Göring das Wort zu einer Erklärung, in der er u. a. auch behauptete, von der „subventionierten Regierungspresse“ zu Unrecht angegriffen worden zu sein. Daraufhin meldete sich der Deutschnationaler Schmidt-Hannover zum Wort, um festzustellen, daß der Reichstagspräsident in amtlicher Eigenschaft von einer „subventionierten Regierungspresse“ gesprochen habe, ohne zu sagen, wen er damit meine. Ironisch fragte Herr Schmidt, ob damit am Ende — — der „Vorwärts“ (!!) gemeint sei, der ja den Reichstagspräsidenten scharf angegriffen habe als irgendein anderes Blatt.

Göring blieb die Antwort schuldig. An seiner Stelle sprang Goebbels auf und leistete gütigstwillig zu Schmidt-Hannover hinüber: „Die subventionierte Regierungspresse — das ist die Presse, die keine Leser hat und noch vor drei Monaten für den schwarz-braunen Bloß Propaganda gemacht hat“.

Offenbar handelt es sich also um ein Blatt, das früher den Nazis sehr große Dienste geleistet hat. Aber man muß schon sagen: Für einen Reichstagspräsidenten ist es ein starkes Stück, von einer „subventionierten Regierungspresse“ zu reden, auf die Frage aber, wer damit gemeint sei, die Antwort zu verweigern!

Militarisierung der Jugendpflege.

Das „Reichstutorium für Jugendertüchtigung“.

Die schon seit langem von der Regierung gehegten Pläne zur Vereinheitlichung der Jugendausbildung haben nunmehr durch eine Verordnung des Reichstagspräsidenten ihre Verwirklichung erfahren. Der Reichstagspräsident setzt durch diese Verordnung ein „Reichstutorium für Jugendertüchtigung“ ein, an dessen Spitze der Reichsinnenminister steht und zu dessen geschäftsführenden Präsidenten der General der Infanterie Edwin von Stulpnagel (nicht der Mitarbeiter der „Berliner Börsen-Zeitung“, sondern der frühere Kommandeur des Dresdener Wehrtreffes) ernannt worden ist. Das Reichstutorium soll eine Zusammenfassung aller auf beruflicher, konfessioneller und politischer Grundlage stehender Jugendverbände darstellen. Es wird sich vor allem die Heranbildung geeigneter Beiräte angelegen sein lassen und dafür Sorge tragen, daß insbesondere Leibesübungen, Sport und Turnen, in erster Linie aber der Geländesport (Wanderungen und Geländespiele) geübt werden.

Aus der Person des Geschäftsführers und der speziellen Aufgabe, die den Verbänden gestellt wird, ist klar ersichtlich, um was es geht: um eine Militarisierung der Jugendpflege. Die Maßnahmen will man im einzelnen im Innenvernehmen mit den Innenministern der Länder treffen und es mag möglich sein, daß so bei der Ausführung des Planes sich mancherlei weitere Aufklärungen über die Absichten der Regierung erzielen lassen, von denen einstweilen nur das ersichtlich ist, daß abgesehen von den kommunistischen Verbänden alle vorhandenen Verbände herangezogen werden sollen. Eine Auflösung einzelner Verbände oder ein Eingreifen in ihre sonstigen Aufgaben und Beliehungen scheint nicht geplant zu sein. Zur Bestreitung der Unkosten soll die Summe von 1 1/2 Millionen dienen, die in den Reichshaushalt bereits für diese Zwecke eingestellt worden ist. Sie werden der Behörde zur Verfügung stehen, sollen aber nicht etwa schließendlich in sonstiger Form an die Verbände verteilt werden.

Dienst am Hörer.

Die jeweilige Parteizugehörigkeit des Herrn Reichsrundfunk-Kommissars Scholz wird künftig in den Tagesprogrammen der Funk-Stunde bekanntgegeben. (Aus dem „M“)

Ende der Pressefreiheit!

Die Unterdrückung nimmt immer schärfere Formen an.

Der Polizeipräsident läßt amtlich melden, daß die „Berliner Volkszeitung“ für sieben Tage verboten ist. Ueber die Gründe läßt er folgendes mitteilen:

In Nr. 437 der „Berliner Volkszeitung“ vom 14. September 1932 wird auf der zweiten Seite ein Artikel „Auflösung ohne Rechtsgrundlage“ gebracht, in dem ein angebliches Gutachten des Staatsrechtslehrers Prof. Rawlasy besprochen wird. Es wird hier dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung der schwere Vorwurf des Verfassungsbruchs gemacht. Die Ausführungen enthalten daher eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichspräsidenten im Sinne des § 6 Absatz 1 Ziffer 2 a. a. O. Das Verbot ist hiernach gerechtfertigt. Durch eine amtliche Entgegnung oder Warnung kann der erstrebte Zweck nicht erreicht werden. Eine Wieberrgabe der beanstandeten Stelle bei einer etwaigen Veröffentlichung der Verbotserfügung würde zu einem erneuten Verbot der Zeitung führen.

Zu dieser Erklärung des Herrn Weicher ist zu bemerken, daß es sich nicht um ein „angebliches“ Gutachten, sondern um ein wirkliches handelt. Sein Verfasser ist der hochangesehene Münchener Staatsrechtslehrer Rawlasy, der bisher als einer der kompetentesten Beurteiler staatsrechtlicher Fragen gegolten hat. Das Gutachten ist im „Bayerischen Kurier“ erschienen, der natürlich nicht verboten ist, da Bayern bisher noch von keinem Reichskommissar verwaltet wird.

Professor Rawlasy soll den Reichspräsidenten beschimpft und böswillig verächtlich gemacht haben, weil er gegen ihn den Vorwurf des Verfassungsbruchs erhoben hätte. Unsere Leser wissen, daß das Reichsgericht noch vor einem Jahre den Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht als schlechthin ehrenverletzend betrachtet hat, daß es aber jetzt — Fall des

„Vorwärts“ vom 29. August — in diesem Vorwurf eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung erblickt.

Nun ist aber in dem beanstandeten Artikel das Wort „Verfassungsbruch“ überhaupt nicht zu finden!

Es ist vielmehr nur von einem „unzweideutigen Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung“ und von einer „Verletzung der Reichsverfassung“ die Rede, und diese Vorwürfe werden mit keinem Wort auf den Reichspräsidenten bezogen, sie richten sich ganz eindeutig gegen das Reichskabinett. Aber auch diesem wird keine vorläufige Verletzung der Verfassung vorgeworfen; die Frage, ob diese Verletzung nicht etwa bloß Folge eines Rechtsirrtums ist, bleibt völlig offen.

Die Behauptung des Polizeipräsidenten, es sei gegen den Reichspräsidenten der Vorwurf des Verfassungsbruchs erhoben worden, entspricht nicht den Tatsachen.

Tatsache aber ist, daß im reichskommissarisch verwalteten Preußen keine Zeitung mehr das Verhältnis gewisser Regierungshandlungen zur Verfassung erörtern kann, ohne sich der Gefahr eines Verbots aussetzen. Die Volksvertretung wird zum Verschwinden gebracht, weil sie die Aufhebung einer Notverordnung verlangt, und die Presse wird verboten, wenn sie über die verfassungsmäßige Zuständigkeit eines solchen Verfahrens Ueberlegungen anstellt!

Das ist der gegebene Zustand! Es geht über die Ankündigung der Regierungspresse, monach „gegen Zeitungen, die der Regierung Verfassungsbruch vorwerfen, mit den entsprechenden Mitteln vorgegangen werden soll“, weit hinaus. Es ist ein Zustand, von dem wir nicht glauben, daß ein Kulturvolk ihn lange ertragen kann!

Hindenburg läßt antworten...

Sein Staatssekretär beauftragt, Entscheidung mitzuteilen.

Das ausführliche Schreiben des Reichstagspräsidenten an den Reichspräsidenten ist durch den — Staatssekretär des Reichspräsidenten mit folgendem Briefe ganz kurz beantwortet worden:

Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident!

Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. September 1932 zu bestätigen. Unter Hinweis auf sein Gelingen an Sie gerichteten persönlichen Schreiben läßt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, daß die nach Uebergabe der Aufstellungsverordnung vom Reichstag noch gefaßten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenstandslos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener

gez. Dr. Weikner.

Die plötzliche Verfassungstreue Görings ist höchst verdächtig. Aber damit ist nicht gesagt, daß die unmittelbaren Berater Hindenburgs mit ihrer Auslegung der Verfassung im Rechte seien. Die Entscheidung über die Regierung Papen, die im aufgelösten Reichstag noch nicht den 15. Teil der Abgeordneten hinter sich hatte, wird bei den Wahlen und dem Volksentscheid gefällt, nicht in den Amtsstuben von heute.

Ueberwachungsausschuß.

Die Rechtfertigungsversuche der Regierung nicht anerkannt

Die Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, die ursprünglich lediglich zu dem Briefwechsel zwischen dem Reichstagspräsidenten Göring sowie der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten Stellung nehmen sollte, wurde durch die kommunistisch-nationalsozialistische Mehrheit zu Beschlüssen benutzt, denen die übrigen Parteien die Gefolgschaft verweigerten.

Die Rechtfertigungsversuche der Reichsregierung wegen ihres Nichterscheins vor dem Reichstag wurden von dem Ausschuß nicht anerkannt. Lediglich gegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde folgender Antrag des Zentrums angenommen:

„Der Ausschuß hält daran fest, daß das Nichterscheinen des Herrn Reichszanklers und des Herrn Reichsinnenministers vor dem Ausschuß gegen den klaren Wortlaut und den klaren Sinn des Artikels 33 Abs. 1 Reichsverfassung verstößt. Die Reichsregierung hat die Abstimmung des Reichstags über das Mißtrauensvotum nicht anerkannt, sie ist nicht zurückgetreten, antwortet vielmehr uneingeschränkt weiter. Von dieser Tatsache ausgehend, hat der Ausschuß das Erscheinen des Reichszanklers und des Reichsinnenministers verlangt. Bei dieser Sachlage hatten die Mitglieder der Reichsregierung die unbedingte Pflicht, vor dem Ausschuß auf dessen Verlangen zu erscheinen. Dieser Pflicht kann sich die Reichsregierung wirksam nicht entziehen durch Berufung auf eine juristische Meinung, die sie eingefallenermaßen ablehnt und tatsächlich nicht beachtet.“

Abtransport Rothens ins Zuchthaus.

Sein Abschiedsgruß: Freiheit!

Zur Laufe des heutigen Vormittags erfolgt der Abtransport des von der Volk-Kammer des Sondergerichts Berlin zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Reichsbannerkammeraden Genossen Max Rothe vom Untersuchungsgefängnis Moabit ins Zuchthaus Luckau.

Gestern abend war sein Verteidiger, Rechtsanwalt Joachim, mit ihm zusammen. Max Rothe sagte beim Abschied, daß er sich nicht Kleinkriegern lassen werde. Aufrecht und im Bewußtsein seiner Unschuld endete er die Unterredung, die sich auch mit den weiteren Schritten zur Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens befaßte, mit einem kräftigen „Freiheit!“

Da der Ueberwachungsausschuß nach Artikel 35 der Reichsverfassung das Recht eines Untersuchungsausschusses besitzt, stellte der Abg. Pflieger (Bayer. Sp.) den Antrag, der Ausschuß solle die Vorgänge in der Reichstagsitzung vom 12. September untersuchen.

Dazu gab Abg. Marum (Soz.) folgende Erklärung ab: „Für die Entscheidung der Frage, ob die Abstimmungen des Reichstags vom 12. September 1932 staatsrechtlich wirksam sind, ist die Klärung der Vorgänge in der Sitzung belanglos, weil von allen Seiten anerkannt ist und feststeht, daß der Reichstag vor Beendigung der Abstimmung bereits rechtswirksam aufgelöst war. Die sozialdemokratische Fraktion hält aus diesem Grunde den Antrag auf Beweiserhebung über die Vorgänge in der Reichstagsitzung vom 12. September 1932 für überflüssig.“

Dem schloß sich der Abg. Wegmann (Z.) an: Nachdem dann sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten erklärt hatten, daß sie an ihrer ursprünglichen Sachdarstellung festhalten, zog der Abg. Pflieger (B. Sp.) seinen Antrag zurück, da feststehe, daß die Mehrheit des Ausschusses nicht die Prüfung der tatsächlichen Vorgänge wolle und nicht die Absicht habe, sich nach den Ergebnissen der Prüfung zu richten. Der Antrag wurde jedoch sowohl von den Kommunisten als auch von den Nationalsozialisten aufgenommen und von ihnen allein beschlossen.

Die Abstimmung über einen Antrag der Kommunisten, der sich gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg richtete, vertagte der Vorsitzende, um vorher zu prüfen, ob er verfassungsrechtlich zulässig sei.

Der Termin der nächsten Sitzung wird noch festgestellt. Im übrigen zeigte der Verlauf der Sitzung das zunehmende Zusammenklappen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die im Ausschuß über eine Mehrheit verfügen, um ihre besonderen parteipolitischen Absichten zu verfolgen. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie diesen Absichten in keiner Weise Gefolgschaft leistet, sondern sich lediglich von der Mächtigkeit leiten läßt, die Verfassung und die Rechte des Parlaments zu wahren.

Gerechte Strafe.

Ein Nachwort zum Fall Duesterberg.

Der Fall Duesterberg bedeutet für den Stahlhelm eine gerechte Strafe. Man wird immer mit dem gestraft, womit man gesündigt hat! Am 24. Juli 1927 erschien in der „Standarte“, einem Organ der Stahlhelmer, eine Briefkastennotiz über den Genossen Albert Grzesinski, die den folgenden Wortlaut hatte:

„Sie dürfen den preussischen Innenminister Grzesinski nicht als zugewanderten Ostjuden oder Pollacken beschimpfen. Er ist nach unseren Ermittlungen ein Sohn der unverehelichten Tochter des Rastableners Ehler in Treptow a. d. O., die damals bei dem Kaufmann Cohn in Stellung war. Erst mehrere Jahre später hat seine Mutter den Schnitter Grzesinski geheiratet. Es dürfte danach anzunehmen sein, daß der jetzige preussische Innenminister kein polnisches Blut in den Adern hat.“

Auch Grzesinski Großvater war Soldat und hat die Kriege 1864, 1866 und 1870, wenn auch nicht als General, so doch als bevorzugter Soldat mitgemacht. Das hat die „Standarte“, das Organ der Stahlhelmer, nicht veranlaßt, davon abzugehen, in perfider Weise Grzesinski Mutter verächtlich zu beleidigen und ihn als Judenstämmling hinzustellen. Tatsache ist, daß von dieser Notiz die Hege gegen Grzesinski ihren Anfang genommen hat, mit der Behauptung, er sei Halbjude und sein Vater sei der Kaufmann Cohn in Treptow a. d. O.

Ganz abgesehen davon, daß diese Annahme, wie inzwischen in verschiedenen Prozessen festgestellt worden ist, erstickt und erlogen ist, war man damals im Organ des Herrn Duesterberg und wo es sich um den politischen Gegner gehandelt hat, nicht so erklärungsbereit wie jetzt bei Duesterbergs Großvater und bei Herrn Duesterberg selbst.

Herriot fährt nach Madrid. Herriot wird einer Einladung der spanischen Regierung Folge leisten und dem Präsidenten der Republik, Zamora, einen Besuch abstatten. Das Datum der Reise ist noch nicht festgestellt.

Theorie des Staatsstreiches.

Parteien - verfassungswidrig.

Die Verfassungskonflikte im Zusammenhang mit der Reichstagsauflösung haben eine Fülle staatsrechtlicher Deduktionen hervorgerufen. Unter diesen Deduktionen befindet sich eine von ganz besonderem Kaliber, die aus folgender Meldung des Conti-Büros hervorgeht:

„Reichspräsident Brüning verwahrt sich in seinem zweiten Briefe an den Herrn Reichspräsidenten vom 13. September dagegen, daß die Reichsregierung die Parteien nicht als vollständige Repräsentanten des deutschen Volkes anerkenne. Er behauptet, „daß die Organisation des politischen Lebens verfassungsgemäß parteimäßig ihren Ausdruck findet“ und daß „die politische Willensbildung der Nation sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren“ könne. Eine Reichsregierung, die die politischen Parteien ausschalte oder vernichte, handele gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung.“

In informierten Kreisen stellt man demgegenüber fest, daß diese Behauptung in tristem Widerspruch zu Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung steht. Die Verfassung kennt nicht nur keine Parteien, sondern verurteilt sogar im Art. 130 deren Einfluß auf die Staatsgeschäfte („Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“). Vor allem aber bestimmt Art. 21, daß „die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind“. Abgeordnete, die diesem Grundgesetz nicht entsprechen, sondern sich den Befehlen verfassungsmäßig nicht verantwortlicher Parteiführer unterstellen, sind also nicht Vertreter des ganzen Volkes und handeln gegen die Verfassung.

Parteien oder Parteikoalitionen, die sich als selbständige Herrschaftsgebilde zwischen Regierung und Volk einschalten, sind verfassungswidrig. Ein Reichstag, der in fest organisierte Parteien aufgespalten ist, kann daher nicht den Anspruch erheben, legaler und einheitlicher Repräsentant des Volkswillens im Sinne der Verfassung zu sein.

Er vermag nur, der Regierung gegenüber den verschiedenen einander bekämpfenden Willensrichtungen im Volke Ausdruck zu geben.

Verfassungsmäßiger Vertreter des ganzen Volkes ist jedoch der Reichspräsident, der sich überdies durch seinen besonderen Verfassungsschutz zum Dienst an der Gesamtheit des Volkes ausdrücklich verpflichtet hat; während die Unverantwortlichkeit der parteigebundenen Abgeordneten schon darin in Erscheinung tritt, daß diese keinen derartigen Eid leisten.“

Diese Rabulistik anonymen Verfassungsfeinde liefert gewissermaßen eine Theorie des Staatsstreiches. Ein Reichstag ist nur „legal“, wenn er keine Parteien kennt, so lautet diese Theorie.

Gibt es in der ganzen Welt ein Parlament ohne Parteien?

Ist historisch und staatsrechtlich Parlament und Parteienwesen zu trennen?

Die Verfassung von Weimar nennt die Parteien nicht, aber sie wäre ohne die Voraussetzung von Parteien unfähig gewesen. Das verfassungsmäßig verankerte Verhältniswahlrecht ist ohne Parteien sinnlos und nicht durchführbar.

Diese „informierten Kreise“ verfolgen das Ziel, zu beweisen, daß der Reichstag eigentlich ein Fremdkörper in der Verfassung sei, sie verfolgen mit einem Worte das Ziel des Staatsstreiches.

Wer sind diese „informierten Kreise“?

SA-Provokationen vor Sondergericht.

13 Angeklagte in Breslau.

Breslau, 14. September. (Eigenbericht.) Vor dem hiesigen Sondergericht begann am Mittwoch der Prozeß gegen 13 Angeklagte, die sich am 10. Juli, dem Tage der blutigen Zusammenstöße in Ostau, des Landfriedensbruchs, des Aufruhrs, der Körperverletzung, des Verstoßes gegen das Schusswaffengesetz sowie des Widerstandes gegen die Staatsgewalt bei einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten auf der einen Seite und Nationalsozialisten auf der anderen Seite in Kanth schuldig gemacht haben. Die Angeklagten gehören nur zum Teil der Eisernen Front an. Vier bekennen sich zur Nationalsozialistischen Partei, einige sind Kommunisten und Parteiloze.

Am Sonntag, dem 10. Juli, nachmittags 8 Uhr, passierte ein Zug von Demonstranten auf Kähnen und Wagen die Stadt Kanth. Er kam von Ostschwitz, wo ein Roter Tag stattgefunden hatte, und wollte sich nach Radschütz begeben. In der Nähe des Kanther Boskants standen an einem Esplanade etwa 15 bis 20 Nationalsozialisten. Nach der übereinstimmenden Aussage der Angeklagten beider Parteien hatte der Führer des Zuges gerufen: „Nicht provozieren, weiterfahren!“ Als schon ein Teil des Zuges die Gruppe der Nationalsozialisten passiert hatte, kam es zum Zusammenstoß. Sofort erhob sich eine wilde Schießerei. Die Verhandlung soll ergeben, ob auch von Seiten der Demonstranten geschossen worden ist. Fest steht jedenfalls, daß der Führer der Kanther SA, der sich unter den Angeklagten befindet, mit einem Revolver mehrere Schüsse abgegeben hat. In das Arnoldische Haus, in das sich die Nationalsozialisten zurückgezogen hatten, drangen Angehörige des Zuges ein. Auch wurden die flüchtenden SA-Deute durch die Stadt verfolgt; es gab auf beiden Seiten Verwundete. Der Reichsbannermann Erdmann Tille erhielt einen Bauchschuß, an dessen Folgen er starb. Zu der Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kempf vor dem Breslauer Sondergericht stattfindet, sind 98 Zeugen geladen. Die Verhandlungsdauer ist auf drei Tage festgesetzt.

Neuwahlen in Hessen.

SPD. beantragt Auflösung des Hessischen Landtags.

Darmstadt, 14. September.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Für den Fall einer Reichstagsneuwahl ist der 6. Hessische Landtag gemäß Art. 24 der hessischen Verfassung aufzulösen. Die Neuwahlen zum Hessischen Landtag sollen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden. Ferner wird beantragt, den Landtag alsbald einzuberufen, um eine Entscheidung über den Antrag herbeizuführen.

Henri Gullbeaug, der 1919 in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde und sich nun der Justiz gestellt hat, bestritt bei seiner Vernehmung, daß er Frankreichs Interessen obtrügliche Kräfte im Ausland veröffentliche habe und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß er aus der Schweiz auf Verlangen Clemenceaus ausgewiesen worden sei und bekräftigte zum Schluß, daß er sich künftig lediglich seinen literarischen Arbeiten widmen wolle.

Alte Tierfabel.



Der SA-Hase und der Stahlhelm Swinegel hatten einst einen Wettkampf nach einem fernen Sessel verabredet. Wer gewann, sollte Diktator im Tierreich werden.



Der Hase lief, als ginge es ums Leben. Der schlaue Swinegel aber hatte vorher seine Frau auf den Sessel gesetzt, die in gleicher Uniform von ihm nicht zu unterscheiden war.



Als der Hase atemlos ankam, da sah der Swinegel bequem im Sessel und lachte: „Ich bin all hier.“ Da fiel der Hase vor Schrecken um und rief: „Das ist ja gegen die Verfassung!“

Kinderpistole und Hundepetische.

Drei Monate Gefängnis für ein Kinderspielzeug.

In der Reihe der politischen Urteile notieren wir eine Entscheidung des Schöffengerichts Hameln. Vor den Reichstagswahlen hatte in Hameln eine stark besuchte Versammlung der SPD. stattgefunden, bei der die Polizei im Vorraum des Saales die Versammlungsteilnehmer nach Waffen durchsuchte. Es wurde aber nichts gefunden. Nur ein Gemüschändler A., der beim Eintreten sah, daß eine Waffendurchsuchung stattfand, gab unaufgefordert eine sogenannte Schredschuhpistole ab. Er hätte sich ebenso gut und völlig ungehindert wieder entfernen und das Instrument in seiner nahegelegenen Wohnung ablegen können, was er im Vollgefühl seiner Unschuld unterließ. A. wurde aber wegen verbotenen Waffentragens unter Anklage gestellt. Im Termin war die beschlagnahmte Pistole nicht zur Stelle, obwohl sie sich bei den Akten befinden sollte. Der Beamte, dem A. die Pistole übergeben hatte, sagte aus, daß sie äußerlich einem Browning ähnlich gesehen habe.

In Wirklichkeit aber ein harmloses Kinderspielzeug mit Zündplättchenbetrieb gewesen sei.

Das Gericht erkannte gemäß Antrag des Staatsanwalts gegen A. auf drei Monate Gefängnis, indem es erklärte: Die „Waffe“ sei zwar an sich ungefährlich gewesen, aber doch durch ihr Aussehen (!) geeignet, Schrecken und Unruhe zu erregen. (Besonders, wenn man sie in der Tasche trägt!)

Zufällig am gleichen Tage hatte das gleiche Schöffengericht gegen einen Nationalsozialisten, den wegen seiner Gemütskrankheiten bekannten SA-Mann Kalusche, zu verhandeln. Dieser hatte während einer Münchener-Versammlung im gleichen Vorraum, in dem sich auch die Sache mit der Kinderpistole abgespielt hat, provokatorisch mit einer großen Hundepetische in der Hand gestanden. Gegen die Wegnahme dieser Hundepetische durch die Polizei leistete Kalusche Widerstand. Vor Gericht behauptete Kalusche, es sei keine Hundepetische, sondern eine Reitpetische gewesen, er lerne gerade Reiten! Das Gericht glaubte dies nicht. Die Polizeibeamten, die ihn entworfen hatten, beschimpfte A. vor Gericht in fleißigster Weise, ohne daß der Gerichtsvorsitzende eingriff. So sagte er von einem Polizeikommissar, daß dieser „wie ein wild gewordener Stroh herumgesprungen“ sei. — In diesem Falle erkannte das Gericht, daß die Reitpetische — keine Waffe sei. Er konnte auch nicht, obwohl offen getragen, „Schrecken und Unruhe erregen“, wie die in der Tasche getragene Schredschuhpistole. Nur wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhielt Kalusche — 50 Mark Geldstrafe!

Die Regierung Papen und der Reichskommissar Bracht sind sehr empfindlich, wenn an den Urteilen der Justiz Kritik geübt wird. Wir haben das auch gar nicht nötig, denn jeder, der diese beiden vom gleichen Gericht und am selben Tage gefällten Urteile liest, kann und wird sich ohne jede Anleitung das Notwendige dazu denken.

Interalliiertes Zahlungsplan?

Restzahlung von einer Milliarde an Amerika

Die amerikanische Hearstpresse läßt sich aus London melden, daß „europäische Sachverständige“ gegenwärtig damit beschäftigt seien, einen Plan für die „Abbildung der interalliierten Kriegsschulden“ auszuarbeiten. Der Plan soll sich eng an die in Lausanne vereinbarte Lösung der Reparationsfrage anlehnen. Ähnlich wie in Lausanne eine einmalige deutsche Schlusszahlung vereinbart wurde, die durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden soll, wollen die europäischen Länder ihre Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten durch eine Schlusszahlung von einer Milliarde Dollar (gegenüber einer Schuldsumme von 11 Milliarden Dollar) abblenden und den Abblösbetrag durch eine internationale Anleihe aufbringen.

Zur Beurteilung dieser Meldung muß man beachten, daß die Hearstpresse den Charakter einer ausgesprochenen Sensationspresse trägt. Die Meldung ist auch ganz unbestimmt. Es geht aus ihr nicht hervor, wer die „europäischen Sachverständigen“ sind und wer sie beauftragt hat. Andererseits ist seit dem Young-Plan eine innige Verguldung der interalliierten Zahlungen mit den Reparationen eingetreten, die zu einem wichtigen und nicht leicht zu behebenden weltpolitischen Faktor geworden ist. Diese Verbindung wurde ja förmlich auch von Amerika durch das Hoover-Jahr anerkannt und man könnte es daher verstehen, daß den Schuldner Amerikas daran gelegen ist, die Regelung, die sie mit Deutschland vereinbart haben, gegenüber Amerika auszuwerten. Abzuwarten ist vor allem, wie sich die amerikanische Öffentlichkeit zu diesem Versuchsbahnen der Hearstpresse stellt.

Nazi-Mordpest in Oesterreich.

Schießerei in Wiener-Neustadt.

Wien, 14. September. (Eigenbericht.)

In der österreichischen Industriestadt Wiener-Neustadt haben sich in der Nacht zum Mittwoch blutige Zusammenstöße zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und Hakenkreuzern zugetragen. Drei Nationalsozialisten und zwei Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Hakenkreuzer hatten Trupps ausgestellt, um sozialdemokratische Plakate von den Wänden zu reißen. Einige Arbeiter stellten einen solchen Trupp zur Rede. Die Hakenkreuzer begannen sofort eine wilde Schießerei gegen die Arbeiter, die dann auch geschossen haben sollten.

Die niederösterreichische Landesregierung beabsichtigt für ganz

Niederösterreich ein allgemeines Aufmarsch- und Versammlungsverbot zu erlassen, um weiteren Zusammenstößen die Möglichkeit zu nehmen.

Ein Schießausruf des Wiener Gauleiters.

Wien, 14. September.

Der Gauleiter der Nationalsozialistischen Partei, Frauenfeld, hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: „Wir proklamieren hiermit die Pflicht der Rotwehr! Kein Parteigliedriger darf einen Gegner angreifen. Dies würde seinen Ausschluß aus der Bewegung nach sich ziehen (!). Selbst aber angegriffen, hat er sich rücksichtslos zur Wehr zu setzen, sonst ist er nicht wert, ein Nationalsozialist zu sein. Auch die Gefahr einer Freiheitsstrafe bei Ueberschreitung der Rotwehr wiegt gering gegen die Gefahr, sein Leben zu verlieren oder zum Krüppel zu werden. Bisher einige Monate eingesperrt als ein Krüppel zu sein.“

Moratorium in Rumänien.

Begleitmusik zur Streikskonferenz.

Bukarest, 14. September. (Eigenbericht.)

Die seit Jahren heftig umämpfte Frage der Entschuldung der Landwirtschaft, die die letzte Regierung Iorga durch das berüchtigte Umschuldungsgesetz zu lösen versuchte, das jedoch den Protest der rumänischen Gläubigermächte hervorrief, hat plötzlich eine unerwartete Wendung genommen. Im Einvernehmen mit dem zur Zeit in Bukarest weilenden Finanzfachverständigen des Völkerbundes hat die Regierung dem Parlament eine dringliche Vorlage zugehen lassen, die die Erklärung eines Moratoriums von 1 1/2 Jahren für alle landwirtschaftlichen Gläubiger vorsieht. Während dieser Zeit sollen Gläubiger und Schuldner versuchen, zu einer gütlichen Einigung über ihr Schuldverhältnis zu gelangen. Das 1 1/2-jährige Moratorium wird weiterhin auch allen jenen Banken zugute kommen, deren Portefeuilles mindestens 40 Proz. landwirtschaftliche Wechsel aufweist. Das in Kraft befindliche und viel umstrittene landwirtschaftliche Umschuldungsgesetz wird eine radikale Abänderung erfahren. Im übrigen aber wird seine Anwendung während der Dauer des Moratoriums, also 1 1/2 Jahre, außer Kraft gesetzt. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Parlament ist die Annahme der Regierungsvorlage gesichert.

Die Bukarester Polizei hat von 200 demonstrierenden Kommunisten 48 verhaftet; ein Bäckergeselle erhielt aus einem Polizeirevolver einen Bauchschuß, vorher soll dem Schupmann der Säbel entzogen worden sein. — Wirtschaftsverbändler, die vor den ausländischen Sachverständigen demonstrieren wollten, wurden mit Gummistöcken auseinanderge schlagen.

Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Der Kampf um die Erhaltung des Berufsbeamtenums.

In einer weiteren Entschliessung zur Verordnung des Reichskommissars für Preußen zur Reform der Verwaltung heisst es:
„Die Verordnung enthält

feine genügenden Rechtsgarantien

für die Versorgung und die anderweitige Unterbringung der von den Maßnahmen betroffenen Beamten. Die weitgehenden Befugnisse, die den Aufsichts- und Befehlshörden gegenüber den Gemeinden gegeben werden, bringen insbesondere den Gemeindebeamten ernste Gefahren. Der Bundesausschuß der ADP legt

Zur Personalpolitik wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die jahrelang gegen die sogenannten „Parteiuchbeamteten“ betriebene unwahrscheinliche Agitation hat mit dem politischen Kurswechsel im Reich und in Preußen zu einer Personalpolitik geführt, die sich ausgesprochen

gegen die republikanische Beamtenschaft

richtet. Wenn auch politische Beamte jederzeit ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, so haben doch die bisherigen Regierungen von diesem Recht nur gegen Beamte Gebrauch gemacht, die die Republik bekämpften oder den Befehlen der Regierung Widerstand geleistet haben. Im Gegensatz zu dieser Praxis hat der Reichskommissar für Preußen ohne jeden ersichtlichen Grund zahlreiche republiktreue Staatsfunktionäre aus maßgebenden Stellungen ohne Rücksicht auf ihre anerkannte und bewährte Qualifikation entfernt. Ferner wird durch Versetzung vieler nicht politischer Beamter von wichtigen, insbesondere von personalpolitisch bedeutsamen, auf weniger einflussreiche Posten, eine politisch einseitige Zusammensetzung des Beamtenkörpers in den leitenden Stellen angestrebt. Disziplinarmaßnahmen und Einleitung von Untersuchungen gegen pflichttreue Beamte führen zur Einschüchterung, öffnen dem Denunzianten ein Angebertum Tür und Tor und untergraben das Vertrauen zu unparteiischer Staatsführung auf dem Gebiete der Personalpolitik. . . . Der Bundesauschuss protestiert gegen diese Personalpolitik. Den geschädigten und gefährdeten Kollegen gibt er namens aller freigeschaftlich organisierten Beamten die Zusicherung, daß der ADB, im Kampfe um die Wahrung ihrer Rechte nicht nachlassen wird."

Des weiteren beschäftigte sich der Bundesausschuß nach einem Referat des Vorstandsmitgliedes Kunze mit der Aktivierung der freigewerkschaftlichen Agitation und der Aufklärungsarbeit in der Beamtenschaft.

Von der Firmenleitung war in der vorigen Woche an den Betriebsrat das Ansinnen gestellt worden, wegen eines Abbaues der überörtlichen Löhne mit der Gesamtbelegschaft zu verhandeln. Das lehnte der Betriebsrat im Auftrage aller Beschäftigten ab. Die Firma verlangte daraufhin von 12 Mann der Belegschaft die Einwilligung in einen Abbau ihrer vor einiger Zeit schon einmal reduzierten überörtlichen Löhne um 50 Prozent. Als die 12 Arbeiter das Verlangen der Firma zurückwiesen, wurde ihnen ihr Arbeitsverhältnis zum Freitag dieser Woche gekündigt.

Die Gesamtbelegschaft in Stärke von rund 600 Mann erklärte sich sofort mit den Gefährdeten solidarisch und legte in muster-gültiger Geflossenheit am Dienstagmittag die Arbeit nieder. Am Mittwoch kam unter Mitwirkung der beiderseitigen Tariforgani-sationen zwischen dem Betriebsrat und der Firma eine Verein-barung zustande, wonach die Firma sich zur Zurücknahme der 12 Kündigungen und zu Verhandlungen mit dem Be-triebsrat über eine eventuelle Neuregelung der übertariflichen Ver-dienste verpflichtet.

Dieses Verhandlungsergebnis ist von der Belegschaft mit großer Mehrheit angenommen worden, worauf gestern mittag geschlossen die Arbeitsaufnahme erfolgte. Die vorbildliche Disziplin und Solidarität der Arbeiterschaft der Firma H. S. Hermann dürfte der Firmenleitung gezeigt haben, daß es auch unter dem „neuen System“ noch nicht so weit ist, daß man einer gut organisierten Arbeiterschaft die Löhne einfach diktieren kann. Diese Erfahrung werden in der nächsten Zeit noch viele Unternehmer machen, die die Zeit der schrankenlosen Willkürherrschaft des Unternehmertums schon so nahe wahren.

Verhandlungen im Schiffahrtsstreit.

Die Reeder lassen mit sich reden.

Amsterdam, 14. September.

Nach der 14tägigen Streikdauer in der niederländischen Handels-
schiffahrt sind jetzt zwischen der Organisation der Reedereien und der
Streikleitungen Besprechungen über eine Beilegung des Konflikts im
Gange.

In diesem Konflikt suchten die Unternehmer die Seemannsordnung gegen den Streik der Seeleute als Kampfmittel zu gebrauchen. Die von der Auslandsfahrt zurückkommenden Schiffe wurden nach nichttholländischen Häfen bugsiert, um die Mannschaft zum Eintritt der neuen Fahrt zu zwingen, und sie so daran zu hindern, im Heimathafen abzumustern und mit in den Streik zu treten. Die Weigerung der Mannschaften, derart mit sich spielen zu lassen, wurde als strafwürdige „Behorjamsverweigerung“ ausgelegt. Zur Niederbringung des Streiks hat es nicht gereicht.

Die SPD-Fraktion des arbeitslosen Bundesrates lobt alle Partei- und Gemeindefunktionäre zu einer am Freitag, 13. Uhr. stattfindenden Versammlung in die „Bürgerbrunn-Quelle“, Gabel. Jede neue Gruppierung, ein. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage ist es Pflicht, einen lebendigen Kontakt zu erhalten. Der Fraktionsvorsitz.

Tagung des JGB.

Heute und morgen tagt in Berlin der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Er wird sich in der Hauptsache mit der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz und auch mit der Sonderkonferenz befassen, die auf Antrag Italiens einberufen wird, um zur Fünftageweche Stellung zu nehmen. Weiter wird der Vorstand des IGB eine Anzahl wichtiger Fragen innerorganisatorischer Natur beraten.

Lotteriespiel statt Planwirtschaft.

Grieters Dropbezeichnungen.

Im „Heimatdienst“ erscheint ein Aufsatz von Staatssekretär Dr. Grieser über den „sozialen Zweck im neuen Wirtschaftsplan der Reichsregierung“. Dr. Grieser beschäftigt sich darin mit der Vermehrung der Arbeitsgelegenheit. Der neue Arbeitsplan, meint Grieser, wird 1½ Millionen Arbeitslosen das Tor zur Betriebsstätte öffnen und damit sogleich zwei Millionen Frauen und Kindern von solchen Arbeitslosen helfen, es sei denn, daß unerwartet widrige Umstände dazwischentreten.

Es würde die Öffentlichkeit gewaltig interessieren, Kenntnis von den rechnerischen Grundlagen zu bekommen, auf denen sich die Beschäftigung von 1½ Millionen Arbeitslosen aufbaut. Aber der Nachsatz, „es sei denn, daß unerwartet widrige Umstände eintreten“, zeigt sehr deutlich, wie wacklig diese Grundlagen sind. Die Rechnung der Reichsregierung ist in Wirklichkeit eine Neuauflage der bekannten Milchmädchenrechnung. Wieviel bescheidener war doch die Ankündigung Stegerwalds bei Einführung des Lohnabbaus! Er sprach von 500 000 Neueinstellungen. Statt dessen schwoll die Arbeitslosigkeit weiter an. Es bestanden eben „unerwartet widrige Umstände“, die im kapitalistischen System begründet sind und durch den Lohnabbau verschärft wurden.

Die jetzige Reichsregierung erhöht die Planlosigkeit des kapitalistischen Systems, die zwangsläufig zu Krisen führt. Durch Prämien, Steuererlasse und Lohndruck wird ein Anreiz zur Gründung neuer Unternehmungen und zur Erweiterung des übersehten Produktionsapparats gegeben, während gleichzeitig der zu stark gedroffene Verbrauch durch den Lohnabbau noch weiter gedroht wird.

Das stärkste Stück ist wohl die blinde Zuversicht, mit der Milliarden in den Abgrund der Krise geworfen werden. Vielleicht, sagt man sich, gibt es „wibrige Umstände“, vielleicht haben wir Glück. Das ist nicht Staatsführung, das ist Lotterielpiel.

Der „soziale Zweck“ in der Praxis.

„Wohlfahrtsstaat“ für Unternehmer.

Die Romantik Griefers wird durch folgende Feststellung, die wir dem „Deutschen“ entnehmen, beleuchtet:

Eine Lederfirma stellte nach dem 15. August etwa 80 junge Mädchen von 14 bis 15 Jahren ein. Sie hatte bisher 40 Stunden gearbeitet und hat nun die Arbeitszeit auf 37,5 Stunden herabgesetzt, was einer Lohnsenkung von 10 Prozent gleichkommt. Die Firma beabsichtigt, weitere 40 Leute einzustellen, und zwar wiederum in der Hauptsache billige Arbeitskräfte, Mädchen, die einen Stundenlohn von höchstens 20 Pf. bekommen. Diese Arbeiterinnen verdienen also im Vierteljahr insgesamt 97,50 M., die Firma bekommt vom Reich pro Arbeiterin 100 M.!

Die Mädchen, die eingestellt wurden und werden, sind keine Unterstützungsempfängerinnen, die öffentliche Hand wird also in gar keiner Weise dadurch entlastet. Erreicht wird nur, daß der Unternehmer seine Arbeiterinnen durch den Staat reiflos bezahlt bekommt!

Wenn nun diese Firma erreicht, daß auch noch die Tariflöhne um 15 Prozent gesenkt werden, wie es der Arbeitgeberverband für sie bei den Gewerkschaften beantragt hat, so wird die ganze beteiligte Arbeiterschaft um weitere 15 Prozent Lohn gebracht, und die Firma hat dann im Vierteljahr nur 82,83 Mark Lohn an die neu eingestellten Arbeiterinnen zu entrichten, während sie vom Staat 100 M. bekommt!! „Wohlfahrtsstaat“, aber nur für Arbeitgeber.

Erfolgreicher Abwehrstreif.

Solidarität ist stärker als Willtür.

Der Streik in der Buchdruckerei von H. E. Hermann in der Bruthstraße ist gestern durch eine Vereinbarung zwischen dem Betriebsrat und der Firmenleitung nach einmütiger Dauer beigelegt worden. Die Belegschaft hat infolge ihrer Einmütigkeit einen für die gegenwärtige Zeit beachtenswerten Er-

Metallarbeiter - Verband
ng! Funktionäre!
6. September, abends 7 Uhr, in der
1. Chausseestraße 110
aller Funktionäre des DMV.
isverwaltung Berlin
Die Rotenordnungs- und die Stellung-
er Metallarbeiter dazu. Mitgliedsbuch und
s sind vorzulegen.
erwaltungsmittglieder!
tember, findet aus Anlaß der Funktionär-
ung der Rittlerin Ortsverwaltung statt.
Die Ortsverwaltung.

Dahlien und Herbstblumen.

Die große Blumenschau der Gartenbaugesellschaft eröffnet.

In den Ausstellungsräumen unter den Linden 70 zeigt die Deutsche Gartenbaugesellschaft bis zum 18. September ihre diesjährige Herbstblumenschau. Mitten aus dem großstädtischen Verkehrsgetriebe tritt man in einen prächtigen, vielblütigen Blütenhain, — ein Garten Eden hat sich in dem wilden Haften und Treiben nach Arbeit, nach Brot aufgetan.

Die Aussteller haben auch in diesem Jahre wieder außerordentlich schöne Erfolge ihres gärtnerischen Schaffens erzielt. Wieviel Mühe, Kosten und Geduld Zucht und Pflege dieser farbensönen Blumenkinder erfordert, davon kann sich der Laie gar keinen Begriff machen. Einen kleinen Einblick in dies arbeitsreiche Gebiet vermittelt die Erzählung eines Berliner Dahlien-Großzüchters, der etwa 200 Sorten verschiedener Dahlien zeigt. „Es gibt beinahe schon eine richtige Dahlienmode“, erzählt er, „und unter den etwa 5000 Dahlienarten befinden sich immer besondere Spitzenleistungen. Um überhaupt konkurrenzfähig bleiben zu können, muß man naturgemäß schon ganz Besonderes züchten.“ Ebenso mühsam gestaltet sich der Zuchtungsprozess bei den Dahlien. Der Blütenstaub der einen Pflanze wird auf die andere übertragen und ehe das neue Blühen beginnt, werden die Blumen, um sie vor Insekten zu schützen, zugebunden. Man züchtet natürlich nicht 10 oder 100 Pflanzen, zu richtigen Zuchtungsversuchen bedarf es schon eines Morgenlandes, auf dem 20 000 bis 30 000 Pflanzen stehen. In 3 Jahren ist man soweit, von seinen Zuchtexemplaren das Beste herauszuchen zu können. Da paart man eine besonders gutgewachsene Pflanze mit einer anderen, deren Wuchs schwächer, deren Blütenkopf aber dafür wieder schöner ist und es entstehen aus diesen Versuchen prächtige Exemplare. Mit der schlichtgewachsenen Dahlie will man heute schon gar nichts mehr zu tun haben, da müssen die Blätter, wie bei der schwefelgelben und weißen Aktus- oder Hirschhorn Dahlie, hirschhornartig gekrümmt sein oder die Blüte zeigt scharf abgegrenzte Farbtöne wie bei der Zonen- oder Rotardendahlie, einem englischen Zuchtprodukt; sie geht vom hellen Orange ins tiefe Rot über, als Verbindung zeigen die Blütenblätter einen dunklen Streifen. Die Halbstraußendahlie trägt ihren Kopf hoch, sie hat einen Kragen nach Maria Stuart. In herrlichen Farbtönen von Lachs und Gelblich schillert die belgische Nagels-Triumph und des Züchters Freude sind die farbenwandelnden Dahlien, die ursprünglich beispielsweise orange-farben blühen, im nächsten Jahre aber plötzlich rosa Blütenköpfe zeigen. Daraus ergibt sich dann gleich wieder Gelegenheit, die neue Farbe weiterzuzüchten. Prachtvoll und pompös wirken die amerikanischen Riesen-Hybriden mit ihren breiten Blütenblättern, fast orchideenartig hart und verführerisch sind die Blüten der Stern- oder Orchideendahlie; dann gibt es wieder Blüten, die sich

der Chrysantheme nähern, die schöne Riesen-Kriemhilde mit kräftigen Blättern, gestreifte, gepunktete und zartirrisierende Blumen ergänzen den Reigen der herbstlichen Blütenpracht.

Daneben sieht man Blattpflanzen und Schnittblumen, einen ganzen Hain aus schneeweißen, doldenhaft gewachsenen Freiland-Hortensien, ein Zwerg-Obstbäumchen, das mit seinen 4 Jahren 4 überdimensionale Peasgood-Goldreinetten (je 1 Pfund schwer) schleppt und ein kleines Birnbäumchen, das büschelartig wachsende Prachtbirnen trägt.



Eine Edeldahlie in lilarosa

Der Ueberfall auf Wölkel.

Das Gericht geht über die Anträge des Staatsanwalts hinaus

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat gestern nachmittag die Verhandlung zu Ende geführt, in der über den gemainen Ueberfall abgeurteilt wurde, dem der technische Leiter des Reichsbanners Kreis Oden, Genosse Max Wölkel, am 12. Juli in der Chausseestraße auf dem Gang zur Arbeit vom Cyper gefallen ist. Bei allen drei Angeklagten ist das Gericht in seinem Urteil über den Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft hinausgegangen: der Angeklagte Kring wurde wegen unbefugten Waffenbesitzes und gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis, der Angeklagte Vahn wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und versuchter Mordtötung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, der Angeklagte Westmann wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Wegen alle drei Angeklagte wurde der Haftbefehl aufrechterhalten, weil wegen der Höhe der erkannten Strafen Fluchtverdacht vorliegt.

Das Gericht hat sich in der Beweisführung in allen Teilen den Aussagen des Zeugen Max Wölkel und der übrigen unparteiischen Augenzeugen angeschlossen. Es hat in erfreulicher, von den Gespögenheiten anderer Gerichte abweichender Weise die parteipolitische Beeinflussung unterliegende, märchenhafte Aussage der Zeugin aus der nationalsozialistischen Frauenschaft beiseite geschoben. Nach der Ueberzeugung des Gerichts sind alle drei Angeklagten der gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung an Wölkel schuldig, den nach dem Mordergebnis der Verhandlung im Gegensatz zu den verlogenen Berichten der nationalsozialistischen Presse auch nicht der Schatten eines Mordes trifft. In dem Wegnehmen der Waffe des Genossen Wölkel, der sich in Notwehr befand, sieht das Gericht unbefugten Waffenbesitz. Von einer Notwehr der Nationalsozialisten, von der der Angeklagte Kring spreche, könne absolut keine Rede sein. Weiter habe sich der Angeklagte Vahn einer versuchten Mordtötung schuldig gemacht, als er sich mit den Worten: „Her mit dem Ding!“ an dem Drei-Pfeile-Abzeichen des Zeugen Wölkel vergreifen wollte. Die Höhe der Strafe habe sich, so schloß der Vorsitzende, aus der besonderen Verwerflichkeit und Gefährlichkeit der Tat ergeben, bei der ein Mensch schweren körperlichen Schaden erlitten habe.

Als Wölkel am Stock die Freitreppe des Kriminalgerichts herunterhumpelte, wurde er von zahlreichen Reichsbannerkameraden mit stürmischen „Freiheit“-Rufen empfangen.

Die Kinderlähmung in Berlin.

Herbsttermine für Pockenimpfung aufgehoben.

Die Gesamtzahl der seit dem 1. Januar d. J. in Berlin zur Meldung gelangten Fälle von Kinderlähmung beträgt nach einer Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamtes zur Zeit 57. Im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß mit Rücksicht auf die Kinderlähmungsfälle die Herbsttermine für die Impfung gegen Pocken aufgehoben werden, um Massenansammlungen von Kleinkindern zu verhüten.

Kommunistische Geheimdruckerei geschlossen.

Der Polizeipräsident teilt mit: Der politischen Polizei gelang es im Laufe des heutigen Tages, eine kommunistische Geheimdruckerei, in der ein Ersatzblatt für die „Rote Fahne“ hergestellt wird, auszuheben. Dabei wurden mehr als 50 000 bereits fertiggestellte Exemplare der „Roten Sturmflagge“ beschlagnahmt. Sieben Personen wurden noch bei der Druckarbeit von den

Beamten überrascht, festgenommen und der Abteilung I eingekerkert. Einer der Festgenommenen versuchte sich seiner Einlieferung dadurch zu entziehen, daß er beim Transport aus dem in voller Fahrt befindlichen Personentransportwagen herausprang und fortlief. Den Beamten gelang es, den Flüchtigen wieder einzufangen.

50 Tote, 80 Verletzte.

Zug mit Fremdenlegionären in eine Schlucht gestürzt.

Paris, 14. September.

Savas meldet aus Oran: Ein Zug, der 510 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Fremdenlegion von Bel-Abbes nach Idschda beförderte, ist heute nachmittag in der Gegend von Tlemcen in eine Schlucht gestürzt. Nach den ersten Meldungen sind fünfzig Tote und achtzig Verletzte zu verzeichnen. Die Katastrophe soll auf einen durch starke Regengüsse verursachten Bahndammrutsch zurückgehen.

Der Todesschuß auf den Schupo.

Der Name des Täters noch unbekannt.

Die Personalien des Fahrraddiebes, der gestern mittag in der Mansfelder Straße den 36jährigen Schupoobermachtmeister Otto Thiel vom 152. Polizeirevier über den Haufen schob und sich unmittelbar darauf selbst tötete, konnten trotz aller Bemühungen der Kriminalpolizei bisher nicht ermittelt werden.

In den Taschen des Täters wurden keinerlei Papiere gefunden, die über seine Person hätten Aufschluß geben können. In einer Jackentasche entdeckte man dagegen einige Dietriche und mehrere kleine Schlüssel. Hierbei handelt es sich zweifellos um das „Handwerkszeug“ des Fahrraddiebes. Ob er noch mehr auf dem Kerbholz hat, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Es ist übrigens das erste Mal, daß in der Geschichte der Berliner Fahrraddiebstähle ein gestellter Verbrecher zur Schußwaffe gegriffen hat. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich der Täter durch Abgabe eines Schreckschusses den Beamten vom Leibe halten und dann flüchten wollte. Unglücklicherweise drang der Schuß aber dem Beamten ins Herz, so daß er unmittelbar darauf starb. Ueber den Hergang der Bluttat wird noch folgendes mitgeteilt: Der junge Bursche hatte das Fahrrad am Fährbelliner Platz in Wilmersdorf gestohlen. Der Besitzer betrat gerade die Straße in dem Augenblick, als sich der Dieb auf das Rad schwang und davonfuhr. Der Bestohlene nahm die Verfolgung des Burschen in einer Autodroschke auf. Untermwegs verständigte der Verfolger einen Schupobeamten — es war Thiel —, der sofort in das Auto einstieg und an der Diebesjagd teilnahm. In der Mansfelder Straße war das Auto an den Fahrraddieb heran. Der Bursche sprang jeht vom Rad, zog eine Pistole und feuerte auf den Schupoobermachtmeister, der im Begriff war, den Wagen zu verlassen. In der ersten Verwirrung glaubte der Schütze zu entkommen. Dabei lief er jedoch einem zweiten Beamten, der von der anderen Straßenseite kam, in die Arme. Mit gezogener Dienstpistole eilte der Schupobeamte auf den Täter zu, ehe er ihn aber erreicht hatte, schoß sich der Verbrecher eine Kugel in die Schläfe.

Aus Unvorsichtigkeit erschossen.

In Bornim bei Potsdam wurde, wie mitgeteilt, der 24 Jahre alte Arbeiter Walter Reihner in einer Laube in der Redlitzer Straße 8 von zwei anderen Einwohnern mit einer schweren Schußverletzung in der Brust aufgefunden, an deren Folgen der Verwundete kurz nach seiner Einlieferung im städtischen Krankenhaus Potsdam starb. Die Ermittlungen der Potsdamer Kriminalpolizei haben ergeben, daß es sich um einen Unglücksfall infolge unvorsichtigen Hantierens mit einer Pistole handelt. Der Täter, der den Tod Reihners verschuldet hat, ist bereits von der Polizei in der Person des 28 Jahre alten Arbeiters Walter Schneemann aus Bornim ermittelt und auf Grund des ihm vorgehaltenen Tatfachenmaterials zu einem Geständnis gebracht worden. Schneemann wollte Reihner in der Handhabung der Waffe unterrichten, wobei ein Schuß losging und W. in die Brust traf.

Martyrium zweier Kinder.

Kindermißhandlungs-Skandal im Osten Berlins.

Ein unerhörter Kindermißhandlungsskandal beschäftigt gegenwärtig die Öffentlichkeit. Es werden schwere Beschuldigungen gegen ein Ehepaar H. aus der Blumenstraße erhoben, das keine beiden Stieffinder, den 4 Jahre alten Werner und die dreijährige Gertrud, aufs schwerste mißhandelte. Gegen die Eheleute ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Die beiden Kinder wurden ins Waisenhaus gebracht.

Bei dem Ehepaar handelt es sich um einen gegenwärtig arbeitslosen Landarbeiter H. Er wie auch seine Frau brachten in die Ehe ein Kind mit, den kleinen Werner und die dreijährige Gertrud. Hausbewohnern fiel es nun in der letzten Zeit auf, daß beide Kinder ein scheues und verschlossenes Betragen an den Tag legten und viel weinten. Man benachrichtigte den Verein zum Schutze der Kinder, der eine Pflegerin ins Haus schickte, die aber von den Eheleuten barsch abgewiesen wurde. Nunmehr wurde die Polizei benachrichtigt, die ihre weibliche Abteilung mit Nachforschungen beauftragte. Kriminalbeamtinnen nahmen Ermittlungen auf und stellten dabei fest, daß beide Eltern die Kinder mit Gummischläuchen und Lederriemen unarmherzig geschlagen hatten. Die Kinder wurden gegen den Bettrand und gegen die Zimmerwände gestoßen. Ein besonderes „Erziehungsmittel“ bei den Eheleuten war es, daß sie die Kinder zwangen, auf

den Knien vor ihnen zu liegen und die Hände emporzuhalten. Wenn die Kinder das nicht mehr aushalten konnten und die Arme ihnen erlahmten, erhielten sie von neuem Schläge. Hausbewohner empörten sich maßlos über das Verhalten der grausamen Eltern, wagten aber aus Angst vor dem Ehemann nicht, etwas zu unternehmen. Erst als sich jetzt die Polizei um den Fall kümmerte, erfuhr das bedauernswerte Schicksal der beiden Kleinen eine Besserung. Werner und Gertrud wurden den Eltern abgenommen und ins Waisenhaus gebracht. Die kleine Gertrud wies bei der ärztlichen Untersuchung Striemen und blaue und grüne Flecke im Gesicht, auf dem Rücken, an Armen und Füßen auf, auch ihr Brüderchen war über und über mit Striemen bedeckt. Auf der Polizei „entschuldigte“ der rohe Vater seine Erziehungsmethoden mit Nervosität. Gegen die Mutter ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

„Haarglanz“ festigt die Frisur! Er macht das Haar straff und elastisch. Infolgedessen läßt es sich noch einmal so leicht frisieren, und die Frisur hält länger. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die aufhellende Spezial-Sortel



**Ausflugsfahrten
in die Mark
am Sonntag, 18. September**

Nach Rheinsberg 8.50
Hin- und Rückfahrt RM.
Vom Leipziger Platz (Palast-Hotel)
Abfahrt 8 Uhr
Nach Altenhof a. Werbellinsee 8.50
Hin- und Rückfahrt RM.
(einschließlich Mittagessen)
Vom Dönhofsplatz Abfahrt 8 Uhr

Nach Bad Freienwalde 6.-
Abfahrt 10 Uhr, Hin- u. Rückfahrt RM.
Nach Buckow (Märk. Schweiz) 6.-
Abfahrt 11 Uhr, Hin- u. Rückfahrt RM.
Nach Fichtengrund (Grabowsee) 4.-
Abfahrt 13 Uhr, Hin- u. Rückfahrt RM.
Nach Blankensee bei Trebbin 4.50
Abfahrt 13 Uhr, Hin- u. Rückfahrt RM.
Vom Bahnhof Zoo

Auskunft und Karten-Vorverkauf ohne Aufschlag durch die BVG-Verkehrsabteilung, Berlin W 9, Köthener Straße 17, Zimmer 51, Fernruf B 2, Lützow 9014-19. Apparat 117, werktags von 8—16 Uhr, Sonnabends von 8—13 Uhr und nachdem Auskunft BVG, Leipziger Platz, Fernruf A2 Flora 0038. Verlangen Sie kostenlos Prospekt und September-Programm.

Um Berlins Bezirke.

Magistrat und Bezirksbürgermeister beraten.

Seit Bestehen des neuen Berlin-Gesetzes wird in kommunalpolitischen Kreisen das Für und Wider einer neuen Bezirks-einteilung für Berlin und die Umgestaltung der Bezirksverfassung erörtert. Die Meinungen über die Lösung des Problems gehen sehr weit auseinander. Der Oberbürgermeister hat mehrere Gutachten angefordert, unter denen die Arbeiten von Bürgermeister Lange und Stadtrat Dr. Heuer besondere Beachtung gefunden haben. Der Oberbürgermeister hat zwar erklärt, daß er seinen Vorschlag bereits fertig habe, jedoch vermeidet er es ängstlich, sich in die Karten sehen zu lassen, bevor der Magistrat gesprochen hat. Gestern fand nun im Rathaus eine gemeinsame Sitzung des Magistrats und der Bezirksbürgermeister statt. In dieser Beratung wurden in einer Art erster Lesung die verschiedenen Möglichkeiten der Reform einer Bezirks-einteilung und Verfassung besprochen. Es handelt sich zunächst nur um einen Meinungsaustausch. Beschlüsse werden nicht gefaßt.

93 Zeugen vor dem Sondergericht.

Wie ist auf nächtlicher Straße die Erkennungsmöglichkeit?

Vor der Ersten Kammer des Sondergerichts Berlin, die unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Sternheim tagte, wurde gestern ein Landfriedensbruchverfahren verhandelt, das sich gegen sechs Arbeiter richtet, drei von ihnen des mit einer Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus bedrohten verächtlichen Totschlages beschuldigt und zu einem Zeugenaustritt von nicht weniger als 93 Menschen geführt hat.

Am 5. September gegen 21 Uhr zogen 50 Mann eines S.A.-Sturms aus ihrem Lokal in der Hochstraße nach der neuen Sturmfeste in der Buttmannstraße. Eine große Menschenmenge sammelte sich an, „Rot Front“ wurde gerufen, etwa dreißig Schüsse fielen. Als Schützen sollen von den S.A.-Leuten ein 57 Jahre alter Arbeiter Berger, ein gewisser Otto Schlicht und ein Jugendlicher, namens P., erkannt worden sein. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld. Sie wollen willkürlich von S.A.-Leuten als Schützen bezeichnet worden sein. Ein Angeklagter benennt nicht weniger als 40 Zeugen, mit denen er um die fragliche Zeit in einem bürgerlichen Sportklub zusammen war. Kehnrich liegen die Dinge bei den anderen Angeklagten.

Bei der Zeugenvernehmung erklärte ein S.A.-Mann, einen Angeklagten wiederzuerkennen. Landgerichtsdirektor Sternheim sagte ihm, daß er gestern zur gleichen Zeit, in der sich die zur Verhandlung stehenden Vorfälle abspielten, in der Hochstraße gewesen sei. Dort habe er festgestellt, daß es unmöglich sei, von der einen Seite des Fahrdammes jemanden zu erkennen, der sich auf der anderen Seite des etwa 60 Meter breiten Fahrdammes befindet. (Im Falle Rothe lehnte das Gericht einen Lokaltermin ab. Der damals behandelte Vorfall hatte sich um etwa 1 1/2 Uhr morgens abgespielt. Die Entfernung betrug von der Alten Jakob-, bzw. Hollmannstraße bis zum Simeonbogen nicht 60, sondern 80 Meter, vom Standpunkt mehrerer Beobachtungszeugen aus sogar noch mehr!) Wie alle S.A.-Leute, blieb der gestern von Landgerichtsdirektor Sternheim wiederholt erwähnte S.A.-Zeuge bei seiner Behauptung, den Angeklagten genau erkannt zu haben.

Für den Prozeß sind zwei Verhandlungstage in Aussicht genommen.

Der neue Felsen- Prozeß.

Wiederaufnahme noch im September.

Der nach viermonatiger Verhandlung unter eigenartigen Umständen abgebrochene Felsenprozeß gegen Kommunisten und Nationalsozialisten wegen der blutigen Vorgänge bei der Kolonie „Felsen“ im Januar dieses Jahres, bei der zwei Menschen getötet worden waren, wird noch im September vor dem gleich nach den Gerichtsferien zusammenzutretenden neuen Schwurgericht des Landgerichts III wieder aufgenommen werden. Die Verhandlung muß vollständig von Anfang an geführt werden, so daß man wieder mit einer mehrmonatigen Dauer zu rechnen hat. Den Vorsitz des neuen Schwurgerichts führt Landgerichtsdirektor Dr. Böhmert. Die richterlichen Beisitzer des Schwurgerichts sind Landgerichtsdirektor Dr. Krüger und Landrichter Dr. Arndt. Die Anklage wird wieder von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stenig vertreten werden.

Nazi-Rummel in der Kirche.

Auftakt zu den Kirchenwahlen.

Dieser Tage spielte sich in der Hafenheide ein eigenartiges Schauspiel ab: Von allen Seiten marschierten S.A.-Trupps an, sammelten sich vor der Neuen Garnisonkirche und zogen dann mit ihren Hakenkreuzfahnen in die Kirche ein. Der Gemeindefinanzrat von Reutkölln, der bisher allen politischen Parteien die Benutzung seiner Kirchen verboten hatte, hatte diesmal für die S.A. eine Ausnahme gemacht und die Abhaltung eines Sondergottesdienstes für den ermordeten S.A.-Mann Thielsch gestattet. Mit dem Hitlergruß — wie sonst bei politischen Versammlungen — wurde im Innern der Kirche jede einziehende Fahne und verschleierte prominente Führer begrüßt.

Nachdem 57 Hakenkreuzfahnen vor dem Altar aufgestellt genommen hatten, spielte die Orgel eine Phantasie über das Lied „Morgenrot, Morgenrot“. Ein Trauermarsch der S.A.-Musik folgte. Nach der Liturgie, in der einigen Anwesenden der Gesang des „Friede auf Erden“ sichtlich schwer wurde, und in der Pfarrer Benzler aus Reutkölln bei der Verlesung der Seligsprechungen die der Friedfertigen vorjorglich wegließ, hielt er die Predigt über das

**Sonne — Luft — körperliche
Betätigung und: Kaffee Hag!**

Die letzten Spargroschen.

Die vorjährige Flucht in die Sachwerte und die Folgen.

Als am 13. Juli 1931 die Banken und Sparkassen ihre Schalter schlossen, setzte die Flucht in die Sachwerte ein. Aus Furcht vor einer zweiten Inflation räumten viele die letzten Spargroschen zusammen und machten Angstkäufe. Der gefuchteste Artikel in jenen Tagen waren Großmöbel, und wer nicht genug Bargeld zusammen bekommen konnte, der überreichte sein Sparschwein dem Warenhaus oder dem Möbelhändler. So sehr dieser kurze Konjunkturaufschwung besonders den Möbelhändlern zu gönnen war, so bitter sollten die Folgen sein: indem man den letzten Spargroschen in Sachwerten anlegte, entstand auf längere Sicht gesehen gar kein Mehrertrag, sondern es war nur eine Vornahme von Kaufkraft zu verzeichnen. Im Juli 1931 hatten sich für Hausrat und Möbel nur die Aufträge ungemein zusammengedrängt, in den folgenden Monaten jedoch war das Ausbleiben der Käufer um so stärker fühlbar.

Überhaupt ist der Umfang an Hausrat und Möbeln, über dessen Höhe die deutschen Warenhäuser eine genaue Statistik führen, viel stärker zurückgegangen als der aller anderen Artikel. Schon das

Wohnungs- und Mietausschuß der SPD., Bezirksverband Berlin

Vorsitzender: August Patloch, Berlin N. 65, Burgdorfstraße 3.

Versammlung

am Montag, dem 26. September, 19 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25.

Stadtkämmerer Genosse Wsch spricht über:

„Arbeitsbeschaffung und Wohnungswirtschaft.“

Alle im Berliner Wohnungswesen tätigen Parteigenossen, sowie die Vertreter der einzelnen Abteilungen nehmen geschlossen an dieser für die Berliner Mieterfunktionäre im Alt- und Neubauwohnungen sehr wichtigen Versammlung teil. Der Hausbesitz will die wenigen Rechte der Mieter beseitigen. Dem muß untererstützt der geschlossene Wille der Mieter entgegengeleitet werden, der Kampf für ein „Soziales Wohn- und Mietrecht“. Das Parteimitgliedsbuch dient zur Kontrolle und ist am Saaleingang vorzulegen.

Raketenstart an der Osee.

Die Winklersche Höhenrakete auf der Frischen Rehrung.

Wie aus Pillau berichtet wird, ist dort die Winklersche Höhenrakete eingetroffen. Nachdem endgültig die bisher versagte Genehmigung von allen zuständigen Behörden erteilt wurde, erfolgte der Transport von Swinemünde aus durch den „Seebienst Ostpreußen“. Mit Hilfe der Hafenbehörden und des Reichswasser-schiffes werden die letzten Vorbereitungen zum Start getroffen. Die Rakete, eine etwa zwei Meter hohe Hülse aus Leichtmetall, deren Antrieb durch flüssigen Sauerstoff erfolgt, wird nun an einem der nächsten windstillen Tage auf der Frischen Rehrung zum Abschluß gebracht. Man erhofft eine Steighöhe von 5000 bis 7000 Metern. Zur Bergung der mit einem Fallschirm auf die Wasseroberfläche niederfallenden Apparates werden Motorboote ausgerüstet.

600 Rassehunde.

Im Landesausstellungspark Alt-Roabit waren in der Rassehundausstellung, die vom Deutschen Schäferhundverband veranstaltet wurde, 600 Rassehunde zu sehen, darunter 280 deutsche Schäferhunde. Sie haben von ihrer früheren Tätigkeit als Hütehunde eine gute Erbmasse und sind daher auch vom Balen bei richtiger Anleitung verhältnismäßig leicht als Schutzhund abzurichten. Kraft und Schönheit verlangt man vom deutschen Schäferhund, hingegen spielt die Farbe bei seiner Zucht keine Rolle. Allzu große Hunde will man auch nicht ziehen, und so wünscht man bei Rüden eine Schulterhöhe von 65 und bei der Hündin eine solche von 63 Zentimeter. Trotz einer der Stadtmohung angepassten Erziehung hat man bei deutschen Schäferhunden vielfach den Versuch gemacht, sie bei der Herde zu verwenden, und diese Stadttiere haben sich alle schnell umgestellt und als Hütehunde nicht verpagt. Ein Zeichen dafür, daß der deutsche Schäferhund seinen Namen noch zu recht führt. Natürlich waren auf dieser großen Ausstellung auch

Jahr 1930 zeigte einen ständigen Abfall der Umsätze, aber das Jahr 1931 war bereits um 16 Proz. schlechter als 1930. Doch das waren noch beinahe erträgliche Zeiten! Vergleicht man nämlich den dies- und den vorjährigen Julimonat, dann waren in den Abteilungen Hausrat und Möbel die Umsätze 1932 um rund 36 Proz. geringer als 1931! Dabei hält die rückläufige Bewegung der Umsätze noch ständig an. Weder die Umzugstage noch das Weihnachtsgeschäft bringen einen nennenswerten Aufschwung, so daß die Warenhäuser in ihrem Fachblatt sich keinen Illusionen hingeben. Es heißt da: „Die Tatsache, daß sich die Umsätze in Hausrat und Möbeln schon seit Monaten unter dem Niveau der Gesamtumsätze bewegen, muß beachtet werden. Da fürs erste keinerlei Besserung in Aussicht steht, wird sich diese Tendenz kaum ändern: einmitten ist mit einer Zunahme der Eheschließungsziffern und damit der Neugründung von Haushaltungen nicht zu rechnen.“ (20. Aug. 1932.)

Nicht einmal die Umsatzziffern an Lebensmitteln konnten die Warenhäuser halten. Und während in früheren Jahren vom Juni zum Juli als Folge der Saisonverkaufskäufe immer eine mehr oder minder starke Steigerung der Umsätze zu verzeichnen war, ist in diesem Jahr sogar noch ein Rückgang des Umsatzes eingetreten, trotz aller Saisonverkaufskäufe!

Es steht heute fest, daß die großstädtische Bevölkerung ihre letzten Sparratschen aufgezehrt hat.

es steht weiter fest, daß bei den heutigen Löhnen und Gehältern die noch in Arbeit stehenden nur den aller notwendigsten Bedarf befriedigen können, und wenn bis vor einiger Zeit wenigstens die Lebensmittelumsätze einigermaßen auf ihrer früheren Höhe geblieben waren, so beginnen selbst diese jetzt un-aufhaltend abzusinken. Eine weitere Kürzung der Tariflöhne, wie sie der Papen-Plan vorsieht, muß mit Riesenschritten weiter ins Glend führen. Ingesamt sind die Umsätze der Waren- und Kaufhäuser im Juli 1932 um 24 Proz. gegenüber dem Juli des Vorjahres zurückgegangen. Dabei ist der Tiefstand der Umsätze an Bekleidung geradezu erschreckend, gegenüber dem Jahr 1925 betrugen die Umsätze an Bekleidung nur noch 69 Proz. So weiter und kaum jemand hat noch ein Hemd auf dem Leibe!

Noch eine billige Woche im Zoo.

Zum Abschluß der Sommerferien veranstaltet der Zoologische Garten in diesen Tagen bis zum 20. d. M. wieder eine billige Woche. Auch die Tierkinderchau ist während der ganzen Dauer der billigen Woche noch geöffnet, ebenso werden die Konzerte in vollem Umfang aufrechterhalten. Der Eintrittspreis während der billigen Zoo-Woche beträgt, einschließlich des Sonntags, 18. d. M., den ganzen Tag über im Zoo für Erwachsene 75 Pf., für Kinder bis zu 10 Jahren 25 Pf.; im Aquarium 30 bzw. 25 Pf.

Stadtbibliothek bis 15. September geschlossen. Aus betriebs-technischen Gründen muß die Ausleihe der Stadtbibliothek bis Donnerstag, den 15. September, geschlossen bleiben. In dieser Zeit können keine Bücher ausgegeben oder zurückgegeben werden. Die Besessenen bleiben unverändert geöffnet.

Genosse Hugo Suhr, der langjährige Abteilungsführer der 5. Abteilung, ist einem schleichenden Leiden kurz vor Vollendung seines 68. Lebensjahres erlegen. Ein Menschenalter wirkte Genosse Suhr als einer der vielen ungenannten Funktionäre in der Partei als Abteilungsführer, im Gesamtverband als Revisor beim Hauptvorstand, in der Konsumgenossenschaft und in der Mieterbewegung. Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, 20. Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

Frau Marie Glah ist am 15. September 30 Jahre bei der Berliner Korsettfabrik B. G. Reumann tätig. Die gleiche Zeit ist sie auch gemeinschaftlich beim JdM. organisiert.

Wetterausblick für Berlin. Teils heiter, teils wolkig, am Tage ziemlich warm, keine Niederschläge. — Für Deutschland. Im Süden zeitweise heiter, im Westen trübe mit etwas Regen, in Mittel- und Ostdeutschland ziemlich heiter und am Tage warm.

English Circle „Perseverance“. Heute Abend um 9 Uhr im Bräu-Schlößchen Neue Kleine Hütte, N. 65, Müllerstr. 176, am Weddingplatz: Englische Vorträge und Diskussion. Gäste willkommen.

Aus der Partei.

Neue Blätter für Sozialismus.

Aus dem Kreis der „Neuen Blätter“ wird uns geschrieben: Ein bürgerliches Montagsblatt bringt unter dem Titel „Die Verhängung der SPD.“ einen irreführenden Artikel, in dem von dem Kreis der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ als eine Oppositionsgruppe innerhalb der SPD. die Rede ist, die nach außen hin toteschwiegen wurde. Der Inhalt des Artikels ist geeignet, völlig falsche Vorstellungen über die Zielsetzung und Arbeitsweise dieses Kreises zu erwecken. Der Kreis um die Neuen Blätter besteht aus einer Arbeitsgemeinschaft, die die von Heilmann, Tilsch und Rathmann herausgegebene Zeitschrift trägt. Dieser Arbeitskreis, dessen Mitglieder generationsmäßig und freundschaftlich einander verbunden sind, erstrebt eine Ausföderung und Intensivierung des marxistischen Sozialismus — innerhalb der Sozialdemokratie und im positiven Zusammenwirken mit allen maßgebenden Instanzen und Verbänden der Eisernen Front. Es kann keine Rede davon sein, daß diese Bestrebungen innerhalb der Partei toteschwiegen werden, nicht nur der „Vormärts“, sondern der überwiegende Teil der Parteipresse verfolgt die Veröffentlichungen des Neuen-Blätter-Kreises mit größter Aufmerksamkeit.

Eine Mittelmeerreise kann sich nicht jeder erlauben, wohl aber eine Fahrt mit den bequemen D.D.G.-Ausflugswagen in die Mark. Auch die Ausflüge ins Reich haben ihre besonderen Reize, darum beachten Sie das heutige Infocart und erlauben Sie sich heute bei der nächsten Ausgabe bei der D.D.G.-Verkehrsabteilung, Röhmer Str. 17, Fernruf: B 2 2800 9014-9019, Apparat 117.

Kochen Sie MAGGI'S Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

IRMGARD KEON: Gilgi eine von uns

151

Man muß den Verwandten Köln zeigen. Frau Kron hat so wenig Zeit. Gilgi wird am nächsten Tag von Tante Hetty und den beiden Kühen vom Geschäft abgeholt. Man sieht sich den Ring an: „Da ist der Jungferns-Ring schöner“. Apostelkirche, Hofstraße, Wallraff-Richard-Museum. Das interessiert einen gar nicht, aber wenn man aus einer fremden Stadt nach Hause kommt, will man sagen können: man ist im Museum gewesen.

Um acht Uhr trennt sich Gilgi von den drei lieben Menschen.

Kaiser-Wilhelm-Ring. Greif. Magdalene Greif geb. Kreil. Wieder steigt Gilgi eine Treppe hinauf. Es riecht nicht schlecht hier. Es ist still hinter den Türen. Kein Schreien, kein Schimpfen, keine stinkige, veraltete Luft, die sich lähmend auf die Brust legt. Freies, hochmütiges Treppengeländer — Aufgang für Dienstmädchen und Lieferanten verboten! — hochherrschäftliches Haus. Klebrige Bratartoffeln — Dame ohne Unterleib. Sekundenlang hat ich geglaubt, daß die Töchter meine Mutter ist. Weil ichs geglaubt habe, ist sie's gewesen, ob Sekunden, zwei, drei, vier — Tage — Wochen — furchtbar egal. Magdalene Greif geb. Kreil. Feines Haus — elegant feines Haus. Ich geh' nicht hierher. In die Thieboldsgasse geh' ich auch nicht, aber das stinkige Zimmer da — das ging mich was an. Warum? Herrgott im Himmel — Olga, Bit, Mutter — helfst mir, ich will nicht denken. Und da wickelt man sich zwei Sonnenstrahlen um die Handgelenke — Du mit den frechen starken Zähnen, mit den lebendigen Händen, dem aufrechten, ungebogenen Nacken — Gott, lieber, lieber, lieber Gott, zehn Minuten steh' ich hier schon vor dem lächerlich gemalten Blumenfenster, weiß, daß ich hier stehe, bin doch nicht verrückt. Da ist was los mit mir — los mit mir — los mit mir. Man denkt in Schlagnern, fühlt im Schlagnerrhythmus, taucht darin unter — tam-tam-tam-ta — Schlager: Flucht von und zu —

Langsam steigt Gilgi — Stufe für Stufe. Sie weiß noch nicht, was sie sagen wird, hat sich gar keinen Plan gemacht. Das muß der Augenblick ergeben. Ruhig und fest drückt ihre Hand auf den weißen Klingelknopf: dünnes Bellen. Sicher so'n widerlich feier, kleiner Hund. Ein Dienstmädchen: „Bitte??“

„Möcht Frau Greif sprechen.“ „Gräbige Frau sind verweist.“ Natürlich, das ist so'n unsympathisches Haus, wo die Dienstmädchen so ein merkwürdig verschrobenes Standesbewußtsein kriegen, angepaßt den Einnahmen ihrer Herrschaft, nicht dem eigenen Lohn.

„Wann kommt sie wieder?“ „Nicht vor acht Wochen.“ „Wo ist sie denn?“ „In St. Moritz, fährt von da aus nach Rizza. Ihr Name?“

„Nicht so wichtig. — Komm' in acht Wochen noch mal wieder.“

Gilgi fühlt ein feindseliges Gefühl in sich aufsteigen. Eine in grauem Schmutz — eine in hellem Licht — keine unwertiger als die andere. Gilgi lehnt sich übers Treppengeländer. In manchen Menschen liegt's so drin, daß sie sich nicht über Brückenrampen und Treppengeländer beugen können — ohne runterzuspucken. Gilgi spuckt. — Klid — macht die Spude, als sie unten auf dem kalten Marmor auftritt. Gilgi freut sich. Das war so eine Art winziger Genugtuung für die Töchter, ein kleines Bekenntnis — noch ungedacht — ein ja und ein nein. Nochmal: ... Klid.

Gilgi sitzt in ihrem Zimmer. Jetzt wird gearbeitet. Das geht nicht so weiter, man kommt zu nichts. Die Mutterluche, der Verwandtenkram, die Karnevalsunruhe — schrecklich, wie einen das in Anspruch nimmt. Gilgi überlegt aus „Three men in a boat“. Hin und wieder stützt sie den Kopf in die Hände, starrt vor sich hin: fünf Minuten, zehn Minuten, fünfzehn Minuten — was soll denn das? Ist das gearbeitet? Na, zum Donnerwetter, man wird doch wohl noch nachdenken dürfen. Was wird sie anziehen morgen? Ob's ihr gelingen wird, ebenso hübsch auszusehen wie Olga? Ich hab' — ich hab' ein Rendezvous — na, was das schon ist!

Gilgi wartet in der kleinen Konditorei von vorgestern. Martin Brud ist noch nicht da, muß aber gleich kommen. Sie sitzt mit dem Rücken zur Tür: jedesmal, wenn sie ein Geräusch hört, dreht sie den Kopf, der Hals tut ihr schon weh. Und jedes Geräusch an der Tür bringt eine Welle von Hoffnung — und Enttäuschung. Nein, so hat sie noch nie gewartet, so noch nie. Kommt er? Kommt er nicht? Die kleine Dame Gilgi röt Kreuzworträtsel und will überzeugt sein, daß sie heute sowieso für eine Stunde ins Café gegangen wäre. Sehr fein ist die kleine Dame Gilgi: die Hände sind säuberlich manikürt, die

Brauen exakt nachgezogen, der helle Georgetteträger auf dem braunen Seidenkleid ist heute morgen in Benzin gereinigt worden und strahlt nun in selbstbewußter Sauberkeit. Der bunte Schal duftet nach Chypre. So fein ist die kleine Dame Gilgi, so hübsch sieht sie aus. Hat das denn Sinn, für sich allein so hübsch auszusehen? Der Martin Brud langweilt sich in Köln, hat Olga und Gilgi heute treffen wollen, aber Olga hat gleich gesagt, daß sie keine Zeit hat — brave Olga! — na, dann eben Gilgi allein. Und nun ist Gilgi getreulich zur Stelle, und der verfluchte Kerl kommt nicht. Der trumme Hund, der. Ist doch nur ein Mann. Aber wer sich vornimmt, sich nicht zu ärgern, der ärgert sich schon, und wer um alles in der Welt nicht wütend sein will, der ist bereits wütend.

So, und jetzt geht sie. Und wenn er noch kommt, geschieht's ihm ganz recht, daß er sie nicht mehr vorfindet. Der trumme Hund. Gilgi geht auf ihr Zimmer. Beiläufig wirft sie einen leeren Messinggeschloß an die Wand. Ich bin doch nicht ärgerlich. Keine Spur. Im Gegenteil. Hab' jetzt schöne Zeit für mich. Und sie setzt sich vor die Erika-Schreibmaschine, die Tasten fliegen. Sie schreibt zehn spanische Geschäftsbriefe — zur Übung. Sieht nicht einmal auf, stützt nicht einmal den Kopf in die Hände, um vor sich hin zu starren. Tid — tid — tid — rrrrr...

Gilgi liest eine Annonce im Tageblatt. Jemand sucht für abends eine flotte Maschinen-schreiberin. Was für mich. Wird hingegangen. Adresse ist angegeben. Persönliche Vorstellung erbeten zwischen 7 und 8.

„Sie haben Glück gehabt“, sagt die Blasse zu Gilgi, als sie gemeinsam das große Haus in Vindenthal verlassen. Natürlich hab' ich Glück, denkt Gilgi und macht lange, selbst-

bewußte Schritte. Sie hat die Stelle. Bei einem älteren ehemaligen Offizier, der anscheinend sein Vermögen sehr geschickt durch die Inflation balanciert hat, um jetzt in Ruhe und Frieden seine Kriegserinnerungen zu schreiben. Ungefähr vier Wochen lang — jeden Abend von sieben bis neun wird er ihr diktieren. Ein schöner Nebenverdienst. Zahlt anständig, der Mann. Stunde 1,50. Daß sie ihre eigene Maschine mitbringen wird, hat sie über die anderen Bewerberinnen siegen lassen. Vielleicht auch, daß sie so ein bißchen verheißungsvoll mit den Augen gekullert hat. So niedliche Bon-unten-nach-oben-Blicke wirken bei Männern über fünfzig fast immer. Ferner ist's gut, an Beschäftigungslust zu appellieren, im richtigen Augenblick solides Selbstbewußtsein durch fleißige Hilfslosigkeit zu erregen. Man muß das alles verstehen. Gilgi versteht es. Auf die Arbeitgeber ist man nun mal angewiesen, und ganz ohne Märgen ist ihnen nicht beizukommen. Können allein entscheidet nicht, Märgen allein entscheidet nicht — beides zusammen entscheidet meistens.

Die Blasse läuft neben Gilgi her: „Wann werden Sie anfangen mit der Arbeit?“ „Gleich nach Achtermittwoch.“

Die Blasse seufzt. „Wie ich Sie beneide! Vor fünf Monaten ist die Firma, wo ich war, kaputt gegangen, seitdem hab' ich noch nichts Neues gefunden.“

„Sie kriegen doch aber Unterstützung?“

Die Blasse verzicht das Gesicht: „Was das schon ist!“ Außerdem hört sie im nächsten Monat auf, dann kommt die Krisenfürsorge. Schweigend stehen sie nebeneinander an der Haltestelle. Gilgi fühlt sich unbehaglich. Vielleicht wär's nur anständig, jetzt auf die Stelle zu verzichten, sie der Blasse zuzuschreiben. Als wenn das so ginge! Gilgi beugt sich auf die Lippen. Sie muß sehen, wie sie weiter kommt — jeder für sich — wo käme man hin, wenn man allen menschlichen Mitleidsregungen nachgeben wollte?

Die Straßenbahn kommt. Sie steigen ein. Die Blasse setzt sich neben Gilgi. „Da hat man nun gearbeitet, nur für Essen und Trinken und Schlafen und dacht, armeliger kann's Leben gar nicht sein, aber auf einmal ist's doch noch armeliger, und nichts ist eben so schlimm, als daß es nicht noch schlimmer werden könnte.“ — das hat man jetzt gelernt, so als einzigen Trost. (Fortf. folgt.)

Die Kunst des Sterbens

Von Paul Morand

Paul Morand, von dem vor wenigen Tagen im Verlage Grasset ein südamerikanisches Reisebuch, „Mit Indien“, erschienen ist, wird binnen kurzem, in den „Editions des Cahiers Libres“, ein philosophisches Werk folgen lassen, das den Titel „L'Art de mourir“ (Die Kunst des Sterbens) trägt. Die folgenden Abschnitte bilden die einleitenden Ausführungen dieser neuen Publikation.

„Es gibt nichts, worüber ich mich so gerne informiere, wie über den Tod der Menschen: über Worte, Ausdruck, Haltung, die sie in der Todesstunde fanden... Wäre ich ein Bücher-schreiber, so würde ich ein kommentiertes Verzeichnis über die verschiedenen Tode zusammenstellen.“

Dieser Satz ist von Montaigne: er hat heute fast keinen Sinn mehr. Der Tod bestätigt in der Gegenwart, ob er nun serienweise arbeitet wie im Kriege oder im Detail, die Banalität des täglichen Lebens. Man braucht nur auf die Sterbestunden berühmter Leute zu blicken, wie sie uns in den Zeitungen berichtet werden: Clemenceau, Trotsch, Lenin, Curzon. Die großen Männer starben alle etwa auf die gleiche Weise, und ihre letzten Redenungen gleichen sich um so mehr, als sie ihnen häufig durch ihre pietätvollen Historiographen nur in den Mund gelegt werden.

„Wie unglücklich ist der, der nicht zu sterben weiß“, hat Seneca gesagt. Wer von uns weiß jedoch zu sterben, wer von uns hat sich nur die Zeit genommen, sich seinen künftigen Tod zu überlegen, sowie den Abschied, den er von den Lieberlebenden zu nehmen hätte? Wir bemühen uns, nie an den Tod zu denken, und wenn er an uns herantritt, so findet er uns starr vor Ueber-raschung, grinsend oder heulend vor Angst; wenn uns dann einfallt, daß die Stunde feierlich ist und daß man ihr durch einige passende Worte Rechnung tragen müßte, sind wir außerstande, etwas anderes zu finden als leere Phrasen, denn am Rande des Grabes wird man nicht zum Dichter. Die Klügsten unter uns zucken die Achseln. Denn jeder heutige Mensch kann traurig mit dem Abbe Caffendi bekennen:

„Ich bin geboren und weiß nicht warum. Ich habe gelebt und mußte nicht wie. Ich sterbe und weiß weder wie noch warum.“

Wir haben gleichzeitig die wissenschaftliche Gewißheit und den Sinn des Jenseits eingebüßt: wir schiffen uns nicht mehr majestätisch für das Nichts ein wie die Altheisten des 18. Jahrhunderts: noch weniger ziehen wir mit der jauchenden religiösen Begeisterung des Mittelalters von hinnein. Wir haben nicht, wie unsere Vorfahren, eine fertige Antwort auf die Frage, vor die der Tod uns stellt; haben wir, im Laumel unserer Schnelllebigkeit, auch nur die Zeit, um uns ihn zu kümmern? Wenn er uns dann jedoch einen Augenblick streift, in Form von Krankheit, Unfall oder eines nächsten Agonie, so überstürzen sich die Fragen. Unserer gewohnten Gleichgültigkeit folgt unvermittelt dann die angstvolle Eier, alles

zu wissen. Dann suchen wir den Sterbenden noch auszuforschen, der keine Stimme mehr hat, der übrigens auch keine Worte in unserer Erden-sprache fände, um uns seine übermenschliche Erfahrung zu beschreiben und der uns schließlich nicht einmal über das Mystikum seiner Agonie eine Aufklärung zu geben vermöchte, denn wir können als Grundgesetz gelten lassen: Jeder Sterbende, der spricht, spricht für die Galerie.

Er schaut dem eigenen Sterben zu, er fühlt es nicht; er weiß noch nichts von seiner baldigen Erstarrung, vom Beginn seiner Auflösung; er ist noch leben, so lebend wie wir selbst. Es ist eine große Torheit, von ihm etwas anderes zu erwarten als eine für die menschliche Selbstachtung erbauende, ehrenvolle oder erniedrigende Befundung. Gerade die Regeln dieser Kundgebungen aber waren bei uns in Vergessenheit geraten: die Sterbenskunst verlor sich wie die Lebenskunst, und beides aus denselben Gründen. Vergleichen wir den Tod Wilsons oder Anatole Francs mit dem Tode des Augustus; in seinen letzten Augenblicken läßt der Kaiser sich den Purpur anlegen, läßt sich frisieren und schminken: „Bin ich ein guter Schauspieler?“ fragt er lächelnd.

Für ihn wie für das ganze Altertum ist der Tod nicht traurig: die Griechen malten ihn mit den Zügen eines schönen Jünglings und erklärten voller Weisheit, der Mensch, den die Götter lieben, stirbt jung. Das Leben war für sie ein „Tages-aufenthalt“ oder, wie bei Maenander, eine „Reise“, die zu der Asphodeloswiese führt.

Ich bewundere solche Selbstverständlichkeit; auf diesem Wege vermögen Menschen der erhabenen Natürlichkeit der Tiere gleichzukommen, die vor dem Tode keine Klagen, keine Posen kennen, sondern nur die eine Reizung, sich zu verdecken, um allein zu sein. Die Orientalen haben gleichfalls diese Zurückhaltung, diese höchste Bescheidenheit geübt: der Sohn des Konfuzius lag in graufamer Agonie; seine Kinder wollten ihn auf eine bequemere Lagerstätte überführen, auf die kein Rang ihm aber, im Lande des etikettenstrengen Tschin, keinen Anspruch ließ: „Rein“, meinte der Sterbende, „ich habe weiter nichts nötig, als der Regel nach zu sterben.“ Ich wünschte, daß ein gleicher Sinn für Enfesse und nicht das Boll-gefühl der eigenen Wichtigkeit dem Marc Aurel seinen berühmten Ausspruch eingegeben hätte: „Ein Kaiser muß im Stehen sterben.“ Das scheint mir aber zweifelhaft, denn damals verlief das Altertum schon die erhabenen Tugenden seiner Menschlichkeit. Schon Cäsar selbst war theatralisch gestorben: „Tu quoque, fili!“ und Brutus hatte sich — man möchte sagen: acht Jan-Jacques Rousseau — mit den hochtrabenden Worten entleibt: „Tugend, du bist nur ein Name!“ Reue und Tränen begannen die Welt zu erfüllen; das Christentum war auf dem Marsche.

(Deutsch von Dr. A. v. Holzhausen.)

Der Welt größter Bau

Die Hoover-Talsperre in U.S.A.

Am Ende des berühmten Grand Canon, im Black Canon, dort wo der große Coloradostrom seinen Lauf durch die Ausläufer der Sierra Nevada sucht, dort wo er seine Wasser plötzlich nach Süden lenkt und sie durch enge Gebirgsschluchten dem Golf von Kalifornien entgegenführt, entsteht im Steppengebiet einer subtropischen Landschaft ein technisches Gigantwerk: die Hoover-Talsperre. Ein Kulturdenkmal, welches das bisher größte Bauwerk der Menschheitsgeschichte — die Cheopspyramide in Ägypten — an Größe übertrifft. Die Talsperre wird nach ihrer Fertigstellung ein Wahrzeichen nordamerikanischen Kulturbaues und darüber hinaus ein glänzendes Zeugnis von dem technischen Können und Schaffen des 20. Jahrhunderts sein.

Mit dem Bau dieser Talsperre erwacht erneut in großer Form der Gedanke von der Freiheit über die Natur durch die Technik, und gerade in unserer Zeit der Aufwindung der Technik entsteht da ein neuer Beweis von der Bedeutung technischen Schaffens für die Aufwärtsentwicklung des Menschen.

Die aufgestauten Wasser der Sperre sind nicht nur zur Erzeugung von elektrischer Kraft, sondern auch zur Bewässerung von rund 800 000 Hektar bisher wüsten Landes und zur Wasserversorgung der nahen aufstrebenden Millionenstadt Los Angeles und ihrer Nachbarstädte bestimmt. Die Abgesenheit und Unzugänglichkeit der Baustelle in einem 200 Meter tiefen schluchtartigen Tal, das heiße und trockene Klima, bei dem im Sommer die Temperaturen auch nachts oft 40 Grad Celsius betragen, der Wasserreichtum und die Wildheit des Coloradoströmes schaffen Verhältnisse, die einerseits an den physischen Kräften der Arbeiter und Ingenieure zehren und andererseits dem ganzen Werk riesenhafte Abmessungen und in der Planung und Ausführung ganz neue und kühne Linien geben werden.

Die Wirkung der fertigen Anlage wird auf die Besucher in jeder Hinsicht unvergleichlich sein. Von der Tiefe des schluchtartigen Tales erhebt sich 223 Meter hoch die gewaltige Staumauer, die am Fuße etwa 200 Meter breit ist und deren 14 Meter breite Krone von 360 Meter Länge bogenförmig von einem Talhang zum anderen führt. Entwässerungstollen durchziehen die Mauer, um eingedrungenes Wasser zu sammeln und fortzuführen. Fahrstuhlschächte bohren sich von der Mauerkrone senkrecht in die Betonmassen hinein und führen in verschiedenen Höhen zu Besichtigungstollen, die einen Ausblick aus der Luftseite der Mauer auf das tiefe Tal gestatten. Tief unten am Fuße der Mauer liegt das Krafthaus, eingelagert zwischen hohen steilen Felsen. In diesem Haus aus Stahl und Beton werden bereits die Turbinen ihr Lied der Arbeit singen und jährlich 4 Milliarden Kilowattstunden erzeugen. Weiter talwärts schließen in meterhohen Strahlen nebeneinander und übereinander die umgeleiteten Wasser beständig aus den Felswänden heraus und stürzen in prächtiger Schwung entfesselt 200 Meter in das alte Flußbett hinab. Oberhalb der Mauer stauen sich die Wasser zu einem großen See: 175 Meter Länge und 600 Quadratmeter Oberfläche wird er haben, womit er den Bodensee um 75 Quadratmeter übertrifft. Der Bau der riesigen Betonstaumauer wird wegen der gewaltigen einzubauenden Massen und infolge der für den Betonbau ungünstigen hohen Lufttemperaturen — bis zu 50 Grad Celsius — ganz neuartige Arbeitsmethoden erfordern. Die Mauer wird aus relativ trocken gemischtem Beton in gegenseitig verankerten Pfeilern von 15 mal 15 Meter aufgebaut. Zur künstlichen Kühlung wird ein Netz von Kühlwasserrohren mittelgebaut, das eine Länge von 240 Kilometer hat.

Fast zwei Jahre wird der Coloradostrom unterbrochen seine Wasser dem Staubecken zuführen müssen, um es überhaupt einmal bis zum Stauegel, ein Meter unterhalb der Mauerkrone, zu füllen. Das einmal gefüllte Staubecken wird dann aber auch in der Lage sein, den sehr großen Unterschied im Wasserzufluß über Jahre hinaus auszugleichen.

Die Umleitung der großen Wassermengen zur Trockenlegung der Baustelle erfordert in den beiden Talabhängungen umfangreiche Stollenarbeiten. Vier über je 1 Kilometer lange Um-laufstollen von je 15 Meter Durchmesser leiten die mit einer Geschwindigkeit von 6 Meter in der Sekunde anströmenden Wasser um die Baustelle herum. Die umzuleitenden Wassermengen werden oberhalb und unterhalb der Baustelle durch je einen provisorischen Staudeamm aufgefangen. Diese Dämme werden aus Fels und Erde aufgeschüttet, schwer gepflastert und durch eine Eisenbetonplatte und eiserne Spundwände abgedichtet.

Eine ganz neu zu erbauende Eisenbahn führt die Baumaterialien an den Rand des Tales, von wo sie durch einen Schrägaufzug in 10 Sekunden 180 Meter in das Tal hinabgeführt werden. In der Nähe der Baustelle wird eine neue Stadt gebaut: Boulder City, die zunächst für 2500 Seelen errichtet wird.

Von der Größe des Bauwerks geben die zu bewegenden Massen ein anschauliches Bild. 2,8 Milliarden Kubikmeter werden offen ausgehoben oder aus Stollen und Schächte ans Tageslicht gefördert. Dafür werden in den Bau wieder 3,3 Millionen Kubikmeter an Beton, Erdschüttung, Steine und Stahl hineingebaut.

Die Voruntersuchungen für die Talsperre begannen bereits im Jahre 1904. Das Bauprogramm sieht eine Bauzeit von 7 Jahren vor. 1931 wurde der Auftrag für die Summe von rund 49 Millionen Dollar vergeben und mit dem Bau begonnen.

M. Groll,

Nach Arbeitsstreckung mehr Beschäftigte. — Jetzt kommt die Strafe.

Bücherdränge	Centralboden 8.	wiet.	Fichtenberg
Ramelung	Hofmann		1½ Zimmer-Hoh-
Sanienale 6	mehrfachstr. 14.	85.— 39.— 42.—	nung. Bad, Sicht-
Schredeliner-	Nale: Friedenau	45.— Kranienstr.	miets 23.
(e).	Helmstraße 48.	128. 2 Treppen.	Eina 47— Hero-